



AUTONOMIEKONVENT
CONVENZIONE SULL'AUTONOMIA
CONVENZIUN D'AUTONOMIA

Südtirol mitdenken
Immaginare l'Alto Adige
Pensé I Südtirol



SCHALT DICH EIN!
ATTIVATI!
ATIVETE!

konvent.bz.it
convenzione.bz.it
convenziun.bz.it

Open Space, 13.02.2016 Brixen/Bressanone, Landesberufsschule Brixen für Handel, Handwerk und Industrie "Christian Josef Tschuggmall"

	Raum 1 Aula	Raum 2 Aula	Raum 3 Aula	Raum 4 Aula	Raum 5 Aula	Raum 6 Aula	Raum 7 Aula
11.15 - 12.00	Proporz	Stärkung der Provinz Südtirol durch Auflösung der Region Trentino- Südtirol	Laizismus	Schule und Mehr- sprachigkeit	Sprach- gruppen- zugehörigkeit s-erklärung	Vollautonomie	Sport- autonomie und Beflagung öffentliche Gebäude
12.15 - 13.00	Internationale Verankerung der Südtirol- Autonomie	Bahn ans Land – Übernahme der Eisenbahn- infrastruktur	Hochschul- wesen als Landeszus- tändigkeit → Universitäts- politik	Südtirols Schule wohin?	Doppelte Staatsbürger- schaft	Primäre Zuständigkeit bei Zuwanderung	Europäischer Bundesstaat Tirol
13.15 - 14.00	EUREGIO – Europaregion Tirol	Aneignung der primären Zuständigkeit bei Renten und Steuern	Friedliches Zusammen- leben	Brückenfunk- tion Südtirols zwischen dem deutschen und italienischen Kulturraum	Primäre Zuständigkeit im Bereich Wettbewerbe und Vergabe- gesetz	Biologische Land- wirtschaft	Finanz- autonomie: Differenzierung zwischen primärer Zuständigkeit und int. Verankerung
14.15 - 15.00	Selbständige Außenpolitik Südtirols	Direkte Demokratie – Warum und wie? Mitbestimmung bei Großprojekten	Selbst- bestimmung: Recht – Versicherung - Zukunft	Art. 19 Schutz desmutter- sprachlichen Unterrichts/ CLIL	Soziales und solidarisches Südtirol	Familienpolitik	Raum für Kultur spazi per la cultura
15.15 - 16.00	Ortsnamen- regelung als Grundlage eines kultivierten Miteinander	Spannungsfeld Peripherie- Zentrum	Faschistische Denkmäler in einem modernen Europa?	Landeshymne			

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Proporz**

Initiator/in **Josef Kaser**

Proponente:

Raum **1**

Aula

Zeit **11.15**

Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Paul Decarli**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **25**

Numero partecipanti (ca.)

- In den 50er Jahren und darüber hinaus kaum Zugang zu öffentlichen Ämtern für Deutsche u. Ladinern
- Schutz sehr wichtig für alle drei Sprachgruppen
- Proporz funktioniert gut, auf Proporz beharren
- Bahn, Polizei (wird Proporz bis heute nicht eingehalten)
- Erzwungene Lachen unserer Väter nicht aufweichen

- 110% Einverstanden für Beibehaltung, ohne Proporz Zugang zu öffentlichen Stellen sehr schwierig
- Proporz regeln oft auch Ärztekommisionen indem sie Deutsche durchfallen lassen bei manchen öffentlichen Stellen (z.B. Bahn)
- Proporz ausbauen, indem Polizei/Bahn-Kompetenzen dem Land übergehen – Richtung Vollautonomie
- Proporz sehr wichtig fürs friedliche Zusammenleben vor allem aus der Sicht der wirtschaftlichen Situation, denn dies war auch schon mal besser, und ohne Proporz würde es einen Verteilungskampf um gute Arbeit noch weiter ausbauen
- Palermo hat unrecht und spielt mit dem Feuer, wenn er über Aussetzung von Proporz spricht

- Konvent - initiiert unter anderem vom PD, der damit Ziele erreichen will, im Endeffekt die Abschaffung der Autonomie. (Jemand sagt, es ist nicht nur vom PD ausgegangen)
- Jemand hat einen Artikel von Herrn Tribus (ehemaliger Grüner) vorgelesen, wo es um Begrenzung von Proporz geht.
- Qualität im Vordergrund, nicht Sprache
- Es gibt keine Reinheit mehr, mehr Mischsprachige (vor allem) Kinder.
- Abschaffung Proporz führt zu Flut von Südtalienern mit gekauften Titeln

- Italienweit ohne Proporz großes Problem
- Proporz mit EU-Recht vereinbar: Ja, da es ein Schutz einer Minderheit ist und nicht Ausgrenzung einer Sprachgruppe
- Proporz ist Errungenschaft über Jahrzehnte erkämpft und ihn zu lockern, wäre

ein Sakrileg, aber bei Umsetzung (z.B. kein geeigneter Bewerber einer Sprachgruppe) Probleme, da man bei Prüfung andere Sprache verwenden kann als bei Sprachgruppenzugehörigkeit angegeben. Wettbewerbe sollte man in beiden Sprachen ablegen (ca. wie bei Zweisprachigkeitsprüfung)

- Proporz aus Notsituation entstanden für Ladiner und Deutsche in einer sehr schwierigen Zeit. In dieser Zeit aber Nachkommen von Deutschen u Italienern keine Stimme. Heute schwieriger, da Zuwanderer und ihre Nachkommen. Wie gehen wir mit diesen Zuwanderern um? Denn diese werden immer mehr und wie gehen wir Deutsche und Ladiner damit um? Müssen überlegter vorgehen, sonst fällt es uns auf die Decke
- Mehrsprachige haben selten ein Problem mit Zugehörigkeit, wird von Medien aufgeputscht
- Zuwanderung muss sich einer Volksgruppe zugehörig machen, im Zuge der Integration, damit müssen sie sich mit der Thematik auseinandersetzen
- Proporz ist valides Mittel um Integrationserleichterung zu fordern und zu fördern
- Chancen müssen mehr herauskristallisiert werden
- Je mehr Einwanderer kommen, umso wichtiger ist der Proporz, um sich schneller einzuleben, dass er auch beide Sprachen beherrscht
- Bedenklich: wie kann ich den Proporz schützen aus deutscher Sicht, wenn Leute der deutschen Sprache nicht mächtig sind, denn italienische Sprache/Kultur ist den Migranten zu 90% näher. Um die deutsche Sprachgruppe zu fördern, müssen wir etwas tun.
- Sekretär von PD sagt: Bilinguale Schule ist Ziel und das ist sehr kritisch. Von Achammer kommt keine Gegensprache, sehr bedenklich.
- Von uns braucht es Integrationswillen, aber am Anfang strömen Migranten in die Städte, aber dies wird sich später auspendeln, z.B. Goethe-Schule Bozen)
- Proporz ist Teil unserer Identität
- Konstante, die wir beibehalten müssen, um für unsere Zukunft gewappnet zu sein
- Deutsche Schule beibehalten und in der ital. Schule deutsche Sprache stärken
- Einer sagt, zu seiner Identität gehört der Proporz nicht
- Wenn sie aus einem fremden Land kommen, sind sie Gäste, und sie sollen sich deshalb auch an unsere Regeln halten
- Übergroße Mehrheit für Beibehaltung des Proporztes und dessen Ausbau

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Internationale Verankerung der Südtirol
Autonomie**

Initiator/in Raum **1**
Proponente: **Martin Rainer** Zeit **12.15**
Aula Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Georg Prosch**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **28**

Numero partecipanti (ca.)

- Sind wir im Moment abgesichert? Was können wir tun, um uns abzusichern?
- Absicherung durch Schutzmacht Österreich
- Ohne internationale Absicherung können wir unsere Autonomie auf mittelfristige Sicht abschreiben. Der Staat ändert seine Ansichten immer wenn es ihm gelegen kommt.
- Zur Absicherung haben wir unseren Hauptpartner Österreich, den wir immer nur dann anrufen, wenn es uns schlecht geht
- Die junge Generation hat wenig Zugang zur Ursache der Abtrennung & Autonomie. Ihnen muss beigebracht werden, dass wir nur in der Absicherung "sicher" sind
- Durch Europa wird die Wichtigkeit der Autonomie geschwächt, nur über die internationale Absicherung können wir dem entgegenwirken. Besonders der jungen Generation ist dies beizubringen
- Junge Menschen wissen über die Autonomie und die Absicherung wenig Bescheid. Es sollte auch das Fach politische Bildung in der Schule eingeführt werden, wo auch dieses Thema hinzugefügt/behandelt wird.
- Die Schüler lernen die Geschichte ab dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Gerade diese wäre für die Identitätsbildung der Jugend wichtig
- Die internationale Absicherung kann über unsere gemeinsame Geschichte gerechtfertigt werden
- Die EU als Partner hat vielleicht nicht das Interesse unsere Autonomie zu schützen. Vielleicht ist auch Österreich alleine zu schwach.
- Die Verankerung der Autonomie ist nicht garantiert, Italien lässt sich immer eine Hintertür offen. Wir müssen selber für unsere Autonomie kämpfen und uns selbst als Erste wehren.
- Im Moment ist es gefährlich, was mit dem Wert der Autonomie von unseren Politikern in Rom getrieben wird
- Das bestehende Autonomiestatut ist abgesichert, es ist fraglich, ob das neue auch

international abgesichert werden kann

- Die Frage stellt sich, ob die Absicherung, die aktuell besteht, ausgehebelt werden kann. In Hinblick auf Europa kann es hier bei bestimmten Themen zu Problemen kommen
- Die Verankerung ist für die Zukunft zu sichern, dazu kann es auch gut sein, wenn wir eine Vollautonomie haben und von der ganzen Welt als Referenz gesehen werden
- Wenn an den Grundpfeilern der Autonomie nicht gerüttelt wird und das zweite Autonomiestatut nur erweitert wird, sollte die Verankerung kein Problem sein.
- Die Ausrichtung der Römisch-Lateinischen Staaten (Spanien, Frankreich, Italien) ist absolut zentralistisch. Sie versuchen immer, die Autonomie abzuschaffen. Wir müssen in dieser Hinsicht sehr Vorsichtig sein.
- Unsere Politiker haben immer das Bestreben, das Beste für Südtirol herauszuholen. Es kann nur so weiter gehen, dass wir alle Änderungen über die Zustimmung Österreichs machen.
- Die Frage ist auch, wieweit die Absicherungen im Detail reichen, sprich bis wohin kann Italien z.B. beim Finanzabkommen selbst entscheiden.
- Sostituire la Parola Verankerung con RUOLO. L'autonomia ci porta un bene per tutti italiani e tedeschi. Bisogna mantenere e difendere quello che abbiamo e farlo in modo che non sia attaccabile neanche dall'Italia

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: Europa Region Tirol

Initiator/in Thomas Mitterutzner *Raum 1* *Zeit 13.15*
Proponente: *Aula* *Ora*

ProtokollantIn/Verbalizzante: Sepp Kircheler

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 26
Numero partecipanti (ca.)

Unbedingt im Autonomiestatut verankern. Bis heute wurde zu wenig getan, Zusammenarbeit wäre sehr wichtig für alle, von gemeinsamer Seite wird viel verhindert. In den Köpfen der Menschen zu wenig bemerkt – Die Menschen wissen zu wenig von den Vorteilen der Euregio. Müsste nicht auch Nordtirol eine Autonomie haben? Braucht es eine Hauptstadt? Es müssen noch viele Sachen wachsen.

Gemeinsame Initiativen entwickeln, Schule, Bildung, Wirtschaft und Arbeit.

Alte Wunden werden wieder aufgerissen, die Grenzen nach Süden versetzen. Wie funktioniert die Euregio, es braucht noch viel Zeit – zur Aufklärung. Ziel: eine gemeinsame Führung suchen. Für den Menschen schmackhaft machen. Die Frage stellt sich, wer soll initiativ sein. Die Euregio wurde von der Politik erfunden. Der 3er-Landtag funktioniert nicht. Trient stellt immer wieder alles in Frage. Die brennergrenze bleibt bestehen. Fragen wir die Betriebe warum sie nach Ost/Nordtirol gehen. Die Europaregion Tirol ist ein Gebilde. Wir müssen unsere Identität leben. Momentan haben wir Probleme, weil es in Österreich Wahlen gibt, deshalb das Problem mit Grenzzäune. Die Jugend muss aufgeklärt werden, sie wissen zu wenig Bescheid. Jeder von uns ist da gefragt. Die Europaregion wird nicht funktionieren mit dem Trentino. Degasperi hat uns verkauft: wir müssen fordern, dass der 3er-Landtag im Jahr einmal tagt. Warum funktioniert es nicht? Das Tirol-Bewusstsein ist schwach, muss gestärkt werden. Eine gemeinsame Landeshymne von der Euregio anerkannt.

Warum Euregio und nicht Tirol?

Warum nicht zentralere Institutionen – Uni – Flugplatz – Sanität. Zu wenig Information. Vielleicht wissen die Tiroler zu wenig über die Geschichte. Den Jugendlichen mehr Geschichtsbewusstsein vermitteln. Politische Bildung als Fach einführen in den Schulen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: Selbstständige Außenpolitik Südtirols

Initiator/in Gamberoni Patrick Raum 1 Zeit 14.15
Proponente: Aula Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: Pirmin Unterholzner

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 5
Numero partecipanti (ca.)

Punkte, wie man eine selbständige Außenpolitik Südtirols organisieren könnte. Landesressort für auswärtige Angelegenheiten.

Südtirol hat z.Z. kein Recht, internationale Verträge abschließen zu können, das Bundesland Tirol z.B. aber schon.

Landesrat für Außenbeziehungen, somit wird nicht nur über Südtirol gesprochen, sondern mit Südtirol. Beispiel gibt es evtl. in Katalonien.

“Con la Russia abbiamo iniziato con il piede sbagliato. Siamo quasi come servi per i Stati uniti. Sono a favore con una cooperazione con la Russia.”

Sport ist auch eine Möglichkeit nach außen hin darzustellen.

Sportautonomie. Eigenes Internet-Suffix, oder eigene Briefmarken, oder eigenes Münzrecht, wie San Marino.

Einheitlicher Namen für die Außendarstellung.

Ständige Vertretungen im Ausland wie z.B.: in Wien, München, Berlin oder Moskau.

Es gibt die Möglichkeit einen ständigen Beobachterstatus in der UNO anzustreben.

Wer sind die Bundesgenossen, die wir in Zukunft ansprechen können? Brauchen wir sie auch in Italien oder bei wem in Europa und in der Welt? Wie können wir die Europaregion Tirol weiterbringen? Somit sind Standorte und Kontakte auch nach außen wichtig.

Es gibt aber auch einige spezifische Südtiroler Bedürfnisse. Wir müssen in Europa Partner finden, die uns verstehen. Eine aktive Außenpolitik müssen wir machen. Die Außendarstellung Südtirols muss klar erklärt werden.

Zusammenarbeit auch mit den Regionen Lombardei und Veneto.

Bündnispartnersuche kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir aktive Außenpolitik betreiben.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: Ortsnamenregelung als Grundlage eines kultivierten Miteinander

<i>Initiator/in</i>	<i>Raum</i>	<i>Zeit</i>
<i>Proponente: Walter Kircher</i>	<i>Aula : 1</i>	<i>Ora: 15.15</i>

ProtokollantIn/Verbalizzante: Hartmuth Staffler

<i>Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)</i>	
<i>Numero partecipanti (ca.)</i>	45

WK: unsere Ortsnamen sind noch aus der Zeit des Faschismus. Das Miteinander hängt davon ab, ob wir das ändern können. Nicht sofort alle it. Namen abschaffen, aber zumindest in der fremdspr. Werbung nur die (...) Namen verwenden.

M.L. derzeit allein die it. Namen rechtlich, die dt. nur geduldet, daher Auswirkung auf internationale Verträge. Südtirol wird im Ausland als ital. Provinz dargestellt.

SK. Namen kann man nicht übersetzen. Beibehaltung der historischen Namen wäre auch aus praktischen Gründen besser. Viel erst nach Tolomei übersetzt worden.

WK: Im dreisprachigen Graubünden erkennt man an den Namen wo man ist. Für Beiwörter gibt es Symbole.

NN: Situation ist unbefriedigend. Wir dürfen Diskussion aber nicht ethnisch führen. Ortsnamen sind nicht Deutsch oder Italienisch, sondern exonym oder endonym.

- Unterscheiden zw. Historischen und erfundenen Namen. Einwand: können erfundene Namen auch endonym werden?
- Namen sind jetzt hundert Jahre alt. Ursprung fragwürdig, aber sind sie nicht inzwischen üblich geworden? Andererseits verwenden auch Italiener zunehmend dt. Bergnamen. Ortsnamen sind keinen ethnischen Konflikt wert, Änderungen dürfen nur im Konsens erfolgen.
- Ethnischer Konflikt wird von denen angefacht, die unsere Namen nicht wollen und nur die faschistischen verwenden.
- Wenn Tourismusverbände selbst über Namen entscheiden, dann sollen sie selber zahlen. Historische Namen sind Kulturgut.

- Man soll ethnische Sprengkraft herausnehmen. Es gibt die UNO Empfehlungen und gute Beispiele: in Australien wurde Ayers Rock umbenannt, in den USA der Mount McKinley in Denali, nach mehr als 100 Jahren. Gebrauch der Namen sollte auf Gemeindeebene ermittelt werden. „Wenn wir im selben Land zusammenleben, müssen wir auch die Orte mit denselben Namen benennen. Ortsnamen sind nicht eine Materie, über die kommerzielle Vereinigungen entscheiden sollten, wie Tourismusvereine.“
- Namen sind auch Gründen verfälscht worden, die heute keine Berechtigung mehr haben. Mehrnamigkeit ist unpraktisch.
- Wiedereinführung der historischen Ortsnamen ist eine Wiedergutmachung. Erfundene Namen sind Identitätsverlust. Der Gast wünscht Authentizität.
- Im Gadertal schreibt man bereits nur „streda“. Historische Namen sind auch nach hundert Jahren die einzig richtigen. In Südafrika hat man nach 300 Jahren die kolonialistischen Namen abgeschafft. Man darf Namensgebung nicht den Touristikern überlassen, die nach Google-Kriterien entscheiden und unser Kulturgut wegwerfen.
- Es wird diskutiert wie man Touristiker zur Beachtung der historischen Namen bewegen kann.
- Historische Namen haben großen Wert, aber wir sollten keinen ethnischen Streit daraus machen, sondern den Konsens suchen. Da werden Kompromisse notwendig sein.
- Es ist schon schwierig genug, nur für die Abschaffung eines Teiles der Flurnamen einen Konsens zu finden.
- Laut Sprachbarometer ist die Bereitschaft zu einnamigen Ortsbezeichnungen gestiegen.
- Am besten wäre die Übertragung der Kompetenz an die Gemeinden.
- Vorrangig ist die Legalisierung der historischen Ortsnamen. Im Autonomiestatut muss eine Verpflichtung zur Lösung des Problems sein.
- Man muss unterschiedlich zwischen historischen Namen (deutsch, ladinisch, auch italienisch) und faschistischen.
- Anteil der jeweiligen Sprachgruppe sollte bei der Ortsbenennung berücksichtigt werden.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Bahn ans Land – Übernahme der Eisenbahninfrastruktur***

Initiator/in *Raum* *Zeit*
*Proponente: **Wolfgang Niederhofer*** *Aula : **2*** *Ora: **12.15***

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Wolfgang Niederhofer***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)

Numero partecipanti (ca.) **8**

Oberflächlich betrachtet könnte man meinen, die Bahn sei schon beim Land. Dem ist nicht so. Ein Schlüssel ist die Bahninfrastruktur.

1. Definition Eisenbahn Infrastruktur

- Sämtliche Gleisanlagen
- Sämtliche Bahnhöfe
- Alle Immobilien/Grundstücke die vom Eigentum von RFI, Centostazioni, STA / Land Südtirol sind
- Alle Zugleitzentralen, die zur Steuerung des Betriebes und für die Informationssysteme notwendig sind
- Sämtliche Umspannwerke und Anlagen für die Stromversorgung

2. Wer ist heute Eigentümer der Bahninfrastruktur?

- Zum Großteil RFI + Centostazioni. RFI und Centostazioni sind Töchter der Holding FS (Ferrovie dello Stato), die mehrheitlich (100%) dem Staat gehört
- Zu geringen Teilen STA wie die Vinschger Bahn, Rittnerbahn, Mendelbahn. STA gehört mehrheitlich dem Land Südtirol

3. Autonomiepolitische Maßnahmen / Instrumente

- Übernahme der gesamten Eisenbahninfrastruktur durch das Land Südtirol. Das bedeutet die STA oder eine andere Struktur des Landes Südtirol wird materieller Eigentümer der Eisenbahninfrastruktur.
- Kompetenzen zum Ausbau eines Südtiroler Zugleitzentrale derzeit Steuerung von Verona für alle Südtiroler RFI strecken
- Übernahme aller Kompetenzen, die für ein Fahrgastinformationssystem notwendig sind
Derzeit für alle RFI Strecken bzw. Bahnhöfe von Florenz und Verona
- Primäre Zuständigkeiten sämtlicher Reglements und Gesetze, die das Eisenbahnwesen betreffen:

- a) Sämtliche Zuständigkeiten zur Finanzierung und Ausschreibung der Dienste
- b) Sämtliche Zuständigkeiten zur Betriebsführung
- c) Baurecht für Bahnstrecken
- d) Tarifverträge für Mitarbeiter des Verkehrssektors
- e) Abnahme von Strecken
- f) Zulassung von Zügen
- g) Zuständigkeiten zur Trassenvergabe
- h) Tarifgestaltung / Preispolitik im ÖPNV

4. Ziele:

a) ÖPNV auf Schweizer Niveau

- hinsichtlich Umfang und Qualität des Angebotes
- Aufbau eines professionellen Fahrgastinformationssystems in Graubünden z.B. ein sehr professioneller Umgang mit Mehrsprachigkeit, was die Qualität der Sprachdurchsagen und auch Verwendung des Rätoromanischen betrifft.
- Finanzierung, Planung, Steuerung, Fahrzeugkauf, Zulassung, Ausschreibungen, Ausbau-/Neubau von Bahnstrecken, Gesetzgebung = aus einer Hand / vom Südtiroler Eisenbahnamt
- Planungssicherheit bei Ausbau-/Neubau von Bahnstrecken z.B. Riggerbahnschleife oder Meranerhöhe muss immer mit RFI verhandelt werden.
- Bahnhöfe: müssen zu Schmuckstücken/Visitenkarten des Landes Südtirol werden. Heute mangelhafte Kompetenzen und andauernde Bettelei bei RFI / Centostazioni

b) Personenfernverkehr

- Land wird als Eigentümer der Infrastruktur direkter Partner von den Verhandlungen über die Gestaltung des Fernverkehrs. Südtirols Bedürfnisse können direkt deponiert und eingefordert werden. Heute ist vor allem der internationale Fernverkehr absolut unzureichend.

c) Güterverkehr für den Binnenverkehr

- Aufbau von aufgelassener Infrastruktur von Güter-Binnenverkehr zu ermöglichen
- kleine, modale Umschlagterminals
- Gleisausschlüsse
- Rola Rampen
- kleine Verschiebbahnhöfe
- Rampen für Autoreisezug
- Innovative Kuriersystem über die Bahn

- Sauberkeit der Züge bei Flirtzügen besser
- RFI verhindert, dass die Entwerter auf den Bahnsteigen angebracht werden z.B. Bozen, Meran, Brixen
- Hauptproblem ist, dass Südtirol nicht Herr der Dinge ist. Verhandlungen mit viel zu vielen Gesellschaften (RFI, Centostazioni ...)
Südtirol muss die Infrastruktur bekommen. Schon seit Jahren heißt es, die Meraner Linie käme zum Land. Da läuft alles viel zu schwerfällig. Die Bahnareale haben vielfach ein schmuddeliges Erscheinungsbild.
- Gemeinden haben teils die Zuständigkeit über Pachtverträge, aber ohne das Eigentum werden die Bahnhöfe nie zu einem richtigen Vorzeigeobjekt mit Bar, Info-Schalter und anderen innovativen Lösungen.

- Südtirol ist von einem führenden Bahnland (Überetscher Bahn, Grödner Bahn, Tauferer Bahn usw.) leider sehr zusammengestutzt worden.
- Verwaltung der Bahn nach Vorbild Luxemburg.
- Finanzierung der neuen Kompetenzen erfordert Umschichtung von Straße auf Schiene. Dies sind auch Investitionen zu mehr Ökologie und zur Erreichung der CO2 Ziele.
- Einsatz von neuem Rollenmaterial im Güterverkehr.
- Zum BBT existiert bis dato kein Bedienkonzept. Für die östliche Landeshälfte ist bis heute kein Fernverkehrshalt in Brixen vertraglich festgelegt.
- Zugang zu allen Verträgen und Bauvorhaben auf dem Bürgernetz. Dies sollte im Sinne von demokratischen Grundprinzipien auf alle Bereiche ausgedehnt werden.
- Die Eisenbahninfrastruktur ist für die strategische Zukunftsplanung von zentraler Bedeutung.
- Mehr Kompetenzen für mehr Lärmschutz an den Bahnlinien.
- Es ist nicht so wichtig, welche Eisenbahngesellschaft den Dienst durchführt. Wichtig ist, dass das Land den Dienst professionell ausschreibt, damit der Betreiber alle Bedürfnisse des Landes erfüllt (z.B. Mehrsprachigkeit, Sauberkeit, Sicherheit in den Zügen).

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: Aneignung der primären Zuständigkeit bei Renten und Steuern

Initiator/in Marco Sandroni
Proponente:

Raum: 2
Aula

Zeit: 13.15
Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: Seeber Margit

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 6
Numero partecipanti (ca.)

Rom übt derzeit Druck auf Autonomie!

1. Derzeit 85 % Steuern retour von Rom.

2. Steuern erst nach Rom geschickt, dann erst retour → wir haben keine Macht es zu holen.

Ziel: Steuern sollen hierbleiben und wir schicken nach Rom den REST.

Die derzeitige römische Regierung arbeitet GEGEN die Autonomie. → Geld s.g. verwaltet in Südtirol (in anderen Regionen in ITALIEN nicht so).

Renten: INPS von 2a Minus von 12,7 Milliarden € in Italien.

2015 Minus von 6,7 Milliarden € (laut La Repubblica)

INPS zahlt aus → bekommt Geld von Staat → wenn INPS Minus macht → System Staat nicht zuverlässig ist.

Einzigste Lösung: primäre Zuständigkeit der Steuern/Renten beim Land Südtirol → bissl weniger zahlen, bissl mehr bekommen

Zweifel: wenn mit Italien streiten → und ihr bekommt nicht mehr (wir zahlen an Rom, wenn wir FALSCH streiten, bekommen wir es nicht mehr) da Beiträge direkt an Empfänger geht (Beitragssystem)

Wichtig:

Frauen bekommen Rentenjahre in Österreich und Deutschland gutgeschrieben → Frauen sollten auf die Barrikaden gehen.

Ungleichgewicht zwischen Frauen im öffentlichen Dienst und Privatwirtschaft → Renten.

Zu wenig Kinder in den Haushalten, da große Kosten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht leicht möglich.

Verschwendung italienweit von Pensionsgeldern → „goldene Pension“ nicht mehr die große Problematik, wenn Rentenzuständigkeit beim Land → auf Landesebene könnte es dann wieder eine Mindestpension geben. Die öffentlichen Gelder würden

besser verwaltet werden. Z.B.: Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten, Pflegezeiten usw.

Solange KEINE primäre Zuständigkeit Steuern beim Land, haben wir KEINEN Einfluss auf Steuerhöhe. 85% kommt Südtirol zurück, aber nicht direkt die Unternehmen → MUSS Steuerhoheit Steuergerichtsbarkeit beinhalten.

Alternative: 30% Steuern bezahlen (und dafür weniger Dienstleistung erhalten).

Steuerauszahlungen bevor wir überhaupt gearbeitet haben, nicht tragbar (Sogenannte studi di settore) → nicht rechtmäßig.

Selbständigkeit ist laut einem Thema unrealistisch! Sagt ein Teilnehmer. Forderung: Geld soll bei uns verwaltet werden → ZIEL Steuerhoheit und Steuergerichtsbarkeit → + Rentenhoheit um Missbrauch und Verschwendungen „goldene Pensionen“ entgegenzuwirken.

Bayern hat die Hälfte an Verwaltungsbeamten wie wir in Südtirol → hohe Ineffizienz in Südtirol → Verschwendung von Steuergeldern

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Direkte Demokratie, warum und wie**

Initiator/in **Robert Hochgruber** Raum **2** Zeit **14.15**
Proponente: **Aula** Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Santiago Viona Velasco**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **11**
Numero partecipanti (ca.)

- Direkte Demokratie als Ergänzung bürgerlicher Partizipation
- Ist das Volk reif für die direkte Demokratie
- Vor allem bei Großprojekten, konsultative direkte Demokratie; steuernd Eingreifen dürfen
- Negative Einstellung, da Entscheidungsträgheit, direkte Wahl, repräsentative Demokratie besser
- Ambivalentes Verhältnis besser, Politikverdrossenheit → Mittel dagegen?

- Kritische Sicht: Allheilmittel?
- Konsequente Durchsetzung in allen Themenbereichen
- direkte Demokratie ist wichtig: Information hierzu soll objektiv sein und Meinungsbildung ermöglichen
- Natürliches Instrument
- direkte Demokratie Volksbefragung → Populistisches Volk vs. Politiker?

- Korrektiv gegen Entscheidungen der Regierenden, faszinierendes Mittel
- Nicht ausreichend Informationen
- Negative Sicht: schwieriges Thema: Benko!
- Negative Sicht: Beeinflussung durch Massenmedien!!!

- Freie Meinungsbildung ist trotzdem möglich
- Themen zu komplex, Informationen mangelhaft
- Stuttgart 21
- Gefahr der Emotionalität und der Manipulation

- Volk soll auch mitbestimmen können, gewählte Politiker haben keinen Allmachtsanspruch

- MeBo wäre nicht gebaut worden...
- Politikverdrossenheit: direkte Demokratie würde sich positiv darauf

auswirken. Reifere Bürger, Diskussionsniveau würde steigen

- Wichtige Entscheidungen (höhere Kosten, Allgemeinwohl,...)
- Rechtliche Verantwortung? Politiker können abgewählt werden Volk?
- Reifeprozess direkte Demokratie

- Solidarität wird als utopisch bezeichnet

- Meinungsbildung ist schwierig

- spalten der Bevölkerung durch emotionale Ebene, Sachthema bleibt außen vor
Beispiel Schweiz: Reifegrad durch die lange Anwendung der direkte Demokratie erlangt; ein anderer Teilnehmer meint „Die Schweiz tickt anders“, deshalb keine Anwendung auf Südtirol möglich

- direkte Demokratie nicht reduzieren auf Abstimmungen sondern auch Kommunikationsverbesserung

Wichtig: Anpassen des Autonomiestatuts und Ergänzung um partizipative Möglichkeiten.

Repräsentative Demokratie bietet mehr Möglichkeiten als direkte Demokratie.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Spannungsfeld Peripherie-Zentrum**

Initiator/in	Raum	Zeit
Proponente: Christina Tinkhauser	Aula : 2	Ora: 15.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Irene Mur**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)	
Numero partecipanti (ca.)	20

Dörfer werden ärmer an Strukturen, das soziale Gefüge verarmt.
Südtirol steht in Bezug „Peripherie-Zentrum“ einzigartig da, mitunter aufgrund touristischer Entwicklung; die Tendenzen sind aber da.
Junge Menschen ziehen in die Städte.
Ländlicher Raum ist zu stärken.
Betriebe siedeln in die Städte.

In der Präambel soll das verankert werden. Südtirol ist auch innerhalb von Europa zu sehen.

Die Frage ist, was muss die Peripherie haben und was das Zentrum. Ein Bedarf muss formuliert werden. „Zentrum“ als Begriff ist positiv besetzt, „Peripherie“ negativ behaftet.

Die Italiener ziehen sich in die Zentren zurück.

Das Zusammenleben ist kaum möglich, wenn die Kontaktpunkte fehlen.

Beim Sterben der Bars & Geschäfte geht es um die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung vor Ort, andererseits gibt es billigere Angebote in den Zentren. Die Lage eines Dorfes ist auch wichtig.

Wie kann man das Anliegen statutarisch verankern? Solidarischer und subsidiärer Ansatz ist wichtig. Die größere Einheit muss die kleinere stützen, Ausgleich muss hergestellt werden, Selbstorganisation (z.B. über Gemeinwesenengossenschaften) ist vor Ort notwendig.

Im Statut müsste man einen Grundsatz festschreiben. Auch über die Grenzen hinweg, überregionale Verbundsysteme sind anzustreben.

Stichpunkt „dezentrale Zentralisierung“ → Betriebsaussiedlungen in peripheren Raum war ein Erfolgsmodell, wird aber derzeit von der Landesregierung als Prinzip nicht mehr wie früher als Grundprinzip der Entwicklungspolitik gestützt.

Die Förderung der Peripherie darf auch etwas kosten, es fehlt die Umverteilung.

Begriff „Mittelpunktsgemeinden“: sind derzeit tendenziell im Abflauen.
Es wird die Frage aufgeworfen, ob die Bezirksgemeinschaften richtig zugeschnitten sind, z.B. Salten-Schlern. Braucht es noch andere Verwaltungseinheiten?

Der Begriff der „dezentralen Zentralisierung“ könnte als Südtiroler Modell festgeschrieben werden. Die Tendenz impliziert auch gleichzeitig die „Kapillarisierung“, Strukturen (z.B. Feuerwehr) sind teilweise doppelt. Die Belastungen der Städte (Mobilität/Pendlerströme/Migranten) haben zugenommen.

Mehrfachstrukturen in der Peripherie sind gerechtfertigt, da sie die Gemeinschaft tragen.

Es braucht eine bedarfsgerechte Vernetzung und kein Gegeneinander. Das Bindeglied ist der Bedarf.

Die Chancengleichheit muss gewährleistet werden.

Die Infrastruktur am Land ist essentiell, die Digitalisierung muss vorangetrieben und gewährleistet werden, ebenso wie die sanitäre Versorgung.

Die Grundprinzipien der Subsidiarität sowie der Solidarität und der Chancengleichheit zw. Zentrum und Peripherie müssen festgeschrieben werden.

- Hat Religion im Unterricht nichts verloren? Das hängt davon ab, wie man sie vermittelt. (Absoluter Wahrheitsanspruch vs. Abstraktion)
- Ein Vorschlag: Ersetzung des Religions-Unterricht durch einen Ethikunterricht, der von Schulamt und nicht von Kurie kontrolliert wird.
- Ein Religionslehrer erzählt aus seinem Unterricht: Als mehrere Schüler ein Wand-Kreuz vorschlugen, einigte man sich darauf, auch ein Symbol des Islams („Allah Akbar“) aufzuhängen. Vorschlag: Das Land könnte auf die katholische Kirche zugehen, um andere Gemeinschaften in die Gestaltung miteinzubeziehen
- Ein Teilnehmer kritisiert das komplizierte Opt-out-Verfahren aus dem Religionsunterricht. Man könnte einen Alternativunterricht aufbauen, an dem Schüler teilnehmen, die dem Religionsunterricht fernbleiben. Abschaffen wäre schließlich rechtlich nicht möglich.
- Man rede aneinander vorbei, meint ein Teilnehmer. Manche sprechen von konfessionellem Unterricht, andere von „Religionenkunde“ in geschichtlich-kulturellem Sinn.
- Religionsunterricht solle (...)-parteilich sein, meint eine Teilnehmerin. Seelsorge sei an keine Konfession gebunden.
- Ein Teilnehmer schlägt einen ergänzenden Unterricht zur Religionskunde vor. Schüler können sich dann in einer Konfession vertiefen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

*Thema/Tema: Hochschulwesen als Landeszuständigkeit -
Universitätspolitik*

*Initiator/in Otto Mahlknecht
Proponente:*

*Raum 3
Aula*

*Zeit 12.15
Ora*

ProtokollantIn/Verbalizzante: Patrick Gamberoni

*Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 12
Numero partecipanti (ca.)*

- Bedeutung des Themas für wirtschaftlich/kulturelle Entwicklung
- Bislang keine wirkliche Zuständigkeit: Primäre Gesetzgebungszuständigkeit beim Land
- Universität Innsbruck soll als Landesuniversität im Autonomiestatut verankert werden, auch da Innsbruck Volluniversität und international gut positioniert
- Claudiana zur Universität, durch primäre Zuständigkeit, dies ermöglichen: Zudem fließen deren Mittel (Studienbeitrag) an die italienischen Partneruniversitäten
- Schaffung eines Tiroler Forschungskorridors, wo Studenten, Professoren, Ideen fließen und besser ausgetauscht werden können.

- Universität Bozen keine Volluniversität, diese sollte sich stärker an Universität Innsbruck angliedern
- Universität Bozen mit Innsbruck nicht vergleichbar, da viel jünger. Universitätskultur gibt es in Bozen noch nicht = muss wachsen
- Chance für Südtirol durch Uni Innsbruck, großes Potential in Innsbruck nutzen. Auch für Studium/Studenten enorme Bedeutung. Finanzierung von Professuren in Innsbruck, auch um Forschung für Südtirol zu fördern, schon derzeit stärksten Output. Bozen kein Teilzeitstudium möglich, Innsbruck jedoch schon. Bozen keine Konkurrenz zu Innsbruck werden, Bozen mehr mit Innsbruck kooperieren. Sprachenproblem in Bozen, derzeit faktisch keine trilinguale Uni in Bozen.
- Kritisch die Verwendung der Steuermittel in Bozen. Muss Südtirol alles doppelt machen, Studenten sollen auch aus dem Land hinaus, um auch dadurch zu lernen. Professoren in Bozen keine wirklichen Koryphäen. Für Tiroler Bildungskorridor.
- Primäre Gesetzgebungskompetenz unbedingt für Südtirol: Beispiel: Lehrerausbildung wäre beinahe verloren gegangen in deutscher Sprache. Doppelte Studiengänge vermeiden, mit Innsbruck und Trient besser zusammenarbeiten. Rom soll uns nicht mehr dreinreden können.

Titelanerkennung muss gewährleistet bleiben. Provinziellen Mief vermeiden, enge Kooperationen anstreben mit Innsbruck/Trient.

- Universität Bozen soll entsprechende Mittel erhalten, jedoch auch Zusammenarbeit mit anderen Unis stärken.
- Südtirol muss stärker in universitäre Forschung investieren, Strukturen schaffen, auch Arbeitsplätze für Akademiker in Südtirol schaffen.
- Uni Innsbruck bisher in „Preis/Leistung“ top für Südtirol. Uni Bozen dagegen kaum wahrnehmbarer Output fürs Land. Professoren in Bozen sehr hoch entlohnt, jedoch studentischer Output gering. Uni Bozen de-facto eine Fachhochschule, kaum Forschung. Investition in Innsbruck lohnt sich mehr
- EURAC arbeitet projekt-orientiert und vor allem mit Projektfördermitteln, auch Großteils der EU. Bozen dagegen landesfinanziert, hohe Ausgaben, Innsbruck kaum Finanzierung, jedoch großer Nutzen für ...
- Stärkere Einbindung der EUREGIO

- Vernetzung z.B. des Institutes für Regionalgeschichte mit Innsbruck gering, sollte viel stärker vernetzt und koordiniert werden
- Geldverschwendung durch Doppelgleisigkeiten vermeiden
- Durch primäre Kompetenz könnte auch primäre Verantwortung kommen, dadurch dann auch Tiroler (EUREGIO) Vernetzung stärken. Da immer römischer Einfluss, kaum Spielraum.
- Für Forum Alpbach eine Million Euro, für Uni Innsbruck nur 300.000 Euro.
- Gründung der Uni Bozen aufgrund Einführung der Lehrerausbildung in Italien, diese nur auf Italienisch, daher Uni Bozen als Lösung, jedoch auch hier beeinflusst Rom, kaum möglich, Konzepte aus dem mittel-/nordeuropäischen Raum zu übernehmen.

- Forderung: Keine Theorielastigkeit an der Uni Bozen, mehr praxisbezogen und keine hegemoniale Sprache. Gewährleistung der Dreisprachigkeit, Rom.
- Möglichkeit für Absolventen, in Südtirol zu arbeiten, muss geschaffen werden, akademische Strukturen schaffen.
- Durch Finanzierung der Universität Innsbruck auch Arbeitsplätze für Südtiroler dort schaffen.
- Finanzierung auch anderer Universitäten, an welchen viele Südtiroler studieren.

Protokoll - Sammlung der Beiträge ***Verbale – Raccolta dei contributi***

Thema/Tema: **Friedliches Zusammenleben**

Initiator/in **Maria Gall Prader**
Proponente:

Raum **3**
Aula

Zeit **13.15**
Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Thomas Sinha**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **30**
Numero partecipanti (ca.)

Zusammenleben als Zusammensein zwischen Einheimischen und Zuwanderern, sowie zwischen den Generationen.

Die Initiatorin hat eine Studie zum intergenerationellen Zusammenleben durchgeführt: Von Jugendlichen werden ältere Menschen völlig anders wahrgenommen als die eigenen Großeltern.

Von 320 untersuchten Jugendlichen hatten lediglich zwei eine positive Einstellung zu älteren Menschen, die nicht die eigenen Großeltern sind.

Das liegt maßgeblich daran, dass früher mehrere Generationen unter einem Dach lebten. Das funktionierte früher gut, heute nicht mehr.

Es würde die Sozialsysteme entlasten, wenn mehrere Generationen unter einem Dach leben würden. Die Generation der End-30er und Anfang-40er ist die „Sandwich-Generation“ und muss sich um die ältere und jüngere kümmern. Aufgrund der enormen Steuerlast, trauen sich viele nicht, ein zweites/drittes Kind zu bekommen. Es bräuchte dringend höhere Kinderbeiträge, günstigere Kitas und Kindergärten. Dann wäre der Druck (ökonomisch) geringer. Zurzeit unterstützt die ältere Generation oft die jüngere finanziell. In Vereinen engagieren sich Menschen unterschiedlicher Altersklassen, sich gegenseitig kennen- und schätzen lernen.

Wichtiger Aspekt: Absicherung der Frauen während der Schwangerschaft mit Hinblick auf die Rente. Verspürt die italienische Sprachgruppe das „Problem“ des friedlichen Zusammenlebens nicht? Es sind kaum Italiener beim Autonomiekonvent. Es ist ein Problem, wenn ein solch wichtiger Teil der Gesellschaft fehlt. Vielleicht hat die italienische Volksgruppe so ein Vertrauen in die deutsche Volksgruppe. Schlussendlich ist aber jeder für sich selbst verantwortlich, der Autonomiekonvent hat alle Anstrengungen für die Italiener unternommen (Flüsterer).

Was bei der italienischen Volksgruppe fehlt ist ein Grundverständnis für die Autonomie, weshalb es immer wieder zu italienischen „Angriffen“ auf die

Grundpfeiler der Autonomie kommt. Proporz, deutsche Schule, Schutz der Sprache.

Den Italienern müsste die Autonomie besser vermittelt werden, auch in den Schulen.

Eine Möglichkeit zur allgemeinen Konfliktreduzierung sind gerade die Mediationsstellen. Sorge: Es kommen viele männliche Migranten, wenige Frauen. Wie geht es diesen Frauen?

Integration kann nur über die Familien gelingen. Weibliche Migranten dürfen nicht eingesperrt und abgeschottet werden. Sie müssen die Möglichkeit haben sich zu integrieren. Die Behörden müssen die Migrantinnen regelmäßig persönlich darauf hinweisen dürfen, unterrichten dürfen, welche Rechte sie haben: keine Zwangsverheiratungen, keine weiblichen Beschneidungen, keine Gewalt in der Familie.

Zuwanderer müssen unsere Werte kennen und respektieren. Der Zuwanderer muss die Regeln seiner neuen Heimat einhalten und die hiesige Kultur (Brauchtum, Religion, Sitten) respektieren. Ansonsten kommt es zu keiner Integration, zu Parallelgesellschaften und dann kommt als Schlussreaktion die Abschottung.

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist eine wichtige Errungenschaft, die nicht aufgegeben werden darf. Die Zuwanderer müssen diese Gleichstellung akzeptieren und respektieren.

Zuwanderer müssen sich hiesigen Verhältnissen anpassen.

Lehrerin: In meiner Klasse sind viele Kinder mit Migrationshintergrund. Die Kinder wollen sich integrieren. Der Bremsklotz sind die Eltern. Gerade die Väter. Zum Elternsprechtag kommen fast ausschließlich die Väter. Kindern wird z.B. der Schwimmunterricht verboten. Das sind enorme Integrationshemmnisse. Den männlichen Zuwanderern muss die Integration erklärt werden, dass Frauenrechte respektiert werden.

Südtiroler sind bis in die späten 60er Jahre ausgewandert, weil die Autonomie nicht korrekt umgesetzt war. Die Auswanderer mussten sich anpassen. Um die Ursachen der großen Migrationsströme zu beseitigen, brauchen wir gerechtere, weniger ausbeuterische Verhältnisse – weltweit.

Es kann und darf aber nicht unsere Aufgabe sein, die ganze Welt zu verbessern. Wichtig ist aber, was wir hier tun können. Insofern müssen wir klare Verhaltensregeln einfordern. Unsere italienischen Politiker sind gefordert, den Italienern die Autonomie näher zu bringen.

Friedliches Zusammenleben basiert auf gegenseitigem Respekt. Dieser ist nicht gegeben, solange beleidigende, faschistische Denkmäler im Land sind.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Selbstbestimmung**

Initiator/in **Manuel Fischnaller**
Proponente: **Peter Oberhofer**

Raum **3**
Aula

Zeit **14.15**
Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Fabian Kraler**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **20**
Numero partecipanti (ca.)

- Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht
- Die Selbstbestimmung kann der richtige Schritt für ein unabhängiges Südtirol sein.
Die Option der Rückkehr zu Österreich, die Option als Freistaat oder die Option Südtirol an einen anderen Staat anzugliedern, oder bei aktuellem Zustand zu verbleiben.
Selbstbestimmung ist nicht nur ein Druckmittel gegenüber Italien. Italien hat auch die UN-Resolution zum Selbstbestimmungsrecht unterzeichnet.
Es wird kontrovers diskutiert ob man sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen sollte, oder ähnlich wie in Schottland alle BASISDEMOKRATISCH abstimmen sollten.
Als Basis für die Teilnahme bei einer Abstimmung sollte die Ansässigkeitsklausel dienen (also die Wahlberechtigung)
- Leider wurde die Chance nicht genutzt die doppelte Staatsbürgerschaft zu erlangen. Das Recht auf Selbstbestimmung sollte in das neue Autonomiestatut aufgenommen werden. Auf keinen Fall sollen neue Grenzen aufgebaut werden.
- Ein Loslösungsprozess wäre nur akzeptabel, wenn auch innerhalb der Volksgruppen Mehrheiten vorhanden wären. Es soll eine Lösung gefunden werden, um Südtirol vom Staat zu lösen, aber es soll eine Lösung sein, bei der alle Sprachgruppen zufriedengestellt werden.
- Einige Teilnehmer wünschen sich die Wiedervereinigung mit Österreich-Tirol. Es werden Beispiele des Kosovo und der Krim genannt. Um die Selbstbestimmung durchzusetzen, müssen deshalb die Rahmenbedingungen außenpolitisch geschaffen werden, um eine erfolgreiche Durchführung zu haben.

- Laut einer Wortmeldung fehlt der internationale Rückhalt.
- Im neuen Autonomiestatut soll die Forderung nach Selbstbestimmung klar definiert werden. Sofern derzeit die rechtlichen Rahmenbedingungen noch nicht da wären, werden diese durch die politische Forderung relevant (Vergleich Katalonien⁹). Durch die Selbstbestimmung könnte der italienische Nationalstaat überwunden werden.
Bei einer Rückkehr zu Österreich würden gewisse politische Kräfte an Macht verlieren, deshalb wird das Thema nicht vorrangig behandelt. Auch der anwesende Italiener sagt, dass die Freiheit gut ist; das anzustreben wäre. Es werden weitere Beispiele aus Europa und Kanada angeführt, wo Abstimmungen ohne den Rückhalt von anderen Staaten durchgeführt wurden. Deshalb sollte auch Südtirol diese Möglichkeit nutzen. Schottland ist ein Beispiel bei dem auch eine verlorene Abstimmung zum Mehrwert durch den Erhalt von Kompetenzen geführt hat. Auch Südtirol sollte den Konsens mit Italien suchen und den Schritt wagen.
Die rechtlichen Voraussetzungen in Schottland sind in Südtirol nicht vorhanden.
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Autonomie mit dem Autonomiestatut nur als Zwischenlösung gesehen wird.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Faschistische Denkmäler in einem modernen Europa?***

Initiator/in *Raum* *Zeit*
*Proponente: **Markus Unterkircher*** *Aula : **3*** *Ora: **15.15***

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Helmuth Oberhauser***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)

Numero partecipanti (ca.) **12-16**

- Kranzniederlegung bei faschistischen Denkmälern gehören abgeschafft.
- Man soll Geschichte aufarbeiten und diese Denkmäler in Spanien und Portugal erhalten (Francodenkmäler).
- Denkmäler sollen stehen bleiben, jedoch Verherrlichung sollte nicht betrieben werden.
- Denkmäler sollen entschärft werden; von Politik nichts passiert und sind historisch z.B. Beinhäuser nicht in Ordnung.
- Denkmäler sind zu entfernen.

- Man soll nicht Tafeln anbringen, sondern sie abschaffen hier in Südtirol.
- Staat soll sich schämen, dass diese noch stehen und soll sich einsetzen für die geschichtliche Aufarbeitung.
- Tourismusverein macht Werbung mit diesen Denkmälern, z.B. Postkarten, dies ist nicht akzeptabel.
- Siegesdenkmal wird oft als Symbol z.B. bei der Zeitung il Sole 24 ore
- Nürnberg zeigt wie man mit solchen Denkmälern umgeht. Man entfernt die faschistischen Symbole und die Monumentalität wird ihnen entzogen z.B. durch Fußballfeld

- Niemals darf ein totalitäres Symbol für eine Stadt stehen.
- In der deutschsprachigen Welt wird man strafrechtlich verfolgt, wenn man die Werte der totalitären Regime nach außen zeigt. Wieso nicht bei uns beim Siegesdenkmal.
- Battisti-Schule sind im Eingangsbereich 2 Metallreliefs, 2 Soldaten mit faschistischem Gruß. Ansonsten verbietet man Kleidung mit faschistischen Zeichen. Hier können Kinder beeinflusst werden. Sie gehören weg. Bei der österreichischen Fahne „Südtirol ist nicht Italien“ wurde ein großer Medienrummel bewirkt.

- Herausforderung für Jugendliche, damit sie darüber reden.
- Bisogna considerare quando si giudicano monumenti fascisti o comunque di quel periodo, il QUANDO sono stati fatti. Erano altri tempi. Io non capisco perché in Germania sono stati tolti, mentre da noi li hanno lasciati, proprio dove danno più fastidio.
- Dagegen, dass sie in geschützten Räumen sind (Schule, Kindergärten). In öffentlichen Räumen sehr wohl als Diskussionsgrundlage und als Beleg der Geschichte.
- Die Geschichte nicht vergessen und Symbole lassen und Museen schaffen mit diesen Symbolen um Geschichte zu verarbeiten.
- Alle faschistischen Denkmälern in Südtirol sollen Kompetenz werden von Südtirol.
- Strafe für Kranzniederlegungen.
- Es hat auch keine Entschärfung der Denkmäler gegeben, die Denkmäler müssen weg.
- Siegesdenkmal ist eine Beleidigung für die Südtiroler und nach diesem Kriterium wäre es abzuschaffen.
- Siegesdenkmal ist nicht historisiert worden und zeigt immer noch die faschistischen Werte, gehört abgetragen und das Problem zw. Kellermuseum und Denkmal muss gelöst werden. Im Kellermuseum wird nur erörtert, wie das Denkmal aufgebaut wurde (bautechnische Daten).
- Es wird schon über Zeitgeschichte im Kellermuseum dokumentiert.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Schule und Mehrsprachigkeit**

Initiator/in **Ernst Dorfmann** Raum **4** Zeit **11.15**
Proponente: **Aula** Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Margareth Lun**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **60**
Numero partecipanti (ca.)

1. Wortmeldung: Unterricht möglichst lange in der Muttersprache da sonst Fachwortschatz fehlt;
- Fabian Kraller: Hat am eigenen Leib erfahren, dass man im deutschsprachigen Raum Probleme hat, wenn man nicht deutschen Fachwortschatz hat
 - Spezieller Fachunterricht in der Muttersprache ist wichtig, Wiederholung mit native Speaker (soll nur Wiederholung in der Fremdsprache sein)
 - Wunsch der Eltern vorhanden, dass Kinder sich in 2 Sprachen unterhalten können; Leute müssen anfangen in der 2. Sprache zu denken
 - es besteht der Wunsch zu 3sprachiger Schule (1 einzelne Wortmeldung)
 - Es muss zuerst die Muttersprache beherrscht werden, Didaktik in Italienisch verändern, nicht Deutschunterricht hernehmen
 - Wenn 3 Sprachen auf Uni für Vorlesungen verwendet werden, kann man 1 Fachbereich nur in dieser Sprache große Gefahr! Wichtiger = Blockunterricht in Sprachen/Sprachdidaktik mit native Speaker
 - Lehrerin: gegen CLIL-Methode! Es geht nur darum, dass der schwache Schüler das versteht → schlechteres Wissen, schlechtere Noten
 - Unbedingt bisherige deutsche Schule beibehalten, nur Sprachdidaktik muss verändert werden
 - gegen CLIL, falsche Methode, besser Sprachdidaktik verändern
 - Oberschule → italienisch findet er richtig, dass in der 5. Oberschule Dante auf Italienisch gelesen wurde, weil es um Kulturvermittlung ging, in italienischer Oberschule war es nicht möglich Goethe zu lesen. Es dürfen nicht die Fehler von früher gemacht werden
 - CLIL komplett falsch; der muttersprachliche Unterricht ist rechtlich garantiert! Wichtig: Vermittlung von Fachwissen der Muttersprache; es muss unbedingt die Didaktik in Fremdsprachenunterricht geändert werden, nicht noch weiter den deutschen Unterricht wegnehmen
 - Wichtig ist Grundprinzip des muttersprachlichen Unterrichts muss beibehalten werden = Voraussetzung für Überleben der Minderheit in italienischem Staat.

Beispiel Aosta hat gezeigt, dass Muttersprache ohne Schule verloren geht

- Wir müssen uns der Rahmenbedingung bewusst sein. Will Minderheit/Mehrheitsdiskussion überwinden.

Muttersprache ist rezessiv, wenn man Staatssprache gleich gut wie Muttersprache beherrschen muss. Man kann nicht überall das Fachvokabular gleich gut beherrschen. Didaktik in Italienisch muss geändert werden! Stellt ladinisches Modell in Frage. Kompromiss = katalanisches Modell mit asymmetrischen Sprachunterricht mit 75% Muttersprache

- Gesellschaft wird vielfältiger, es müssen verschiedene Modelle angeboten werden. Derzeit Zweiklassengesellschaft, weil Stadt- Landgefälle; falsch ist, dass in der deutschen Oberschule so antiquiertes Italienisch gelehrt wird; schlägt zweisprachige Unterweisung im Kindergarten vor.

- Wenn man beruflich mit Italienisch/Englisch zu tun hat, lernt man das sofort; weg von Hysterie der Mehrsprachigkeit, wichtig = Fachwissen. In Mailand ist andere Situation wie bei uns Minderheitsgebiet.

- In 2 Sprachen zu unterrichten, langweilt die Schüler. Es herrscht zu viel Angst, verschiedene Modelle auszuprobieren. Fremdsprachenlehrer sind heute sehr gut ausgebildet; Didaktik kein Problem, wichtig ist Sprach-Immersion außerhalb der Schule (1 Person)

- Muttersprachlicher Unterricht = die Basis unserer Autonomie; Gruber-Degasperi-Abkommen schützt unsere Muttersprache! Sprachkenntnisse lassen bei unseren deutschen Schülern nach! Müssen gefestigt werden!

- Es muss Italienisch verändert werden. Ab der Oberschule müssen Schüler auf Zweisprachigkeitsprüfung vorbereitet werden.

- Wir müssen selber Art. 19 einhalten! Nicht mit CLIL noch den Art. 19 (deutsche Schule) unterwandern!

- Muttersprachlicher Unterricht = grundlegend! Ist gegen Sprachexperimente in Schule!

- Italienisch lernen = nicht Pflicht, sondern Chance. Kinder sollen zweisprachig aufwachsen. Es geht nicht darum, zusätzliches Fach auf Italienisch zu machen, sondern um Einstellung

- Oft besteht Schwelle, weil man meint, man braucht die 2. Sprache nicht. Wenn man weiß, warum man die Sprache lernt, geht es leichter und besser. Methode, wie Sprache unterrichtet wird, spielt sekundäre Rolle. Motivation.

- Italienischlehrer in deutscher Schule: In der italienischen Schule in Brixen = das alte Sprachdidaktik-System hat versagt. Italienische Sprachgruppe hat Bedarf, deutsch zu lernen. Muttersprache = grundlegend, Fremdsprache ist keine Gefahr; grundlegendes Problem = dt. Dialekt, was in der italienischen Schule nicht vermittelt wird =

- Vorteil, wenn in den Grundschulfächern über mehrere Jahre dieselbe Italienischlehrerin ist, Kontinuität muss unbedingt gefördert werden

- Wunsch nach mehr Freude an zwischenmenschlichen Begegnungen zwischen Sprachgruppen

- Keine Sprachexperimente mit unseren Kindern

- Es stimmt nicht, dass Kinder nicht italienisch lernen wollen, Didaktik in Italienisch muss geändert werden, nicht Anzahl der Stunden ausdehnen, sondern Qualität verbessern!

- Qualität verbessern, keine Experimente auf Kosten der Kinder

- Wenn zweisprachige Familien sind, können die Kinder sehr gut beide Sprachen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

*Thema/Tema: **Südtirols Schulen – wohin?***

*Initiator/in **Margareth Lun** Raum **4** Zeit **12.15**
Proponente: Aula Ora*

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Rupert Gietl***

*Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **25***

Numero partecipanti (ca.)

- Ist der derzeitige Weg der richtige, um die Qualität zu steigern?
- Sprachexperimente setzen die Teilnehmer hohen Risiken aus. Klare Vorstellungen fehlen, wir müssen vorher überlegen
- Wollen wir stehen bleiben? Ein Teilnehmer meint, das bisherige System hat nicht funktioniert.
- Die zweite Sprache muss verbessert werden, aber der Artikel 19 muss bleiben
→ CLIL bringt mittelfristig sogar eine Verschlechterung → keine Experimente im Sprachunterricht
- Nicht gut, wenn Redebeiträge mit Mimik kommentiert werden

- Redebeiträge in Dialekt haben gezeigt, das wir hier die Hochsprache als Zweitsprache lernen müssen. Das muss als selbstverständliche Sache betrachtet werden
- Ladinisch/Deutsch CLIL wird von einer Mutter sehr positiv bewertet.
- Was passiert, wenn Eltern das Recht auf Muttersprache (Art. 19) einklagen?
- Keine negativen Noten in CLIL, da es nicht rechtens ist.
- Es fehlen die Fachausdrücke in der Muttersprache
- Wenigstens 1 Sprache auf hohem Niveau sprechen! Das ist unbestritten. Wie kann man das sicherstellen? Ladinier haben das Problem. Vermischung hat inhaltlichen Nachteil im Fach. Wir sind zw. 2 Sprachwelten. Brückenfunktion
→ 1 Sprache perfekt, eine gut beherrschen.

- CLIL ist eine schleichende Italianisierung, viele junge Leute können nicht Hochdeutsch → Kommentare beim Konvent auf Dialekt
- Grundsäule der Autonomie ist die Sprache. Man muss aber noch viel verbessern. Konzept eines Faches in der Fremdsprache. Die Geschichtsbücher werden in allen Ländern anders geschrieben. Was steht in den italienischen Geschichtsbüchern über die Südtiroler Geschichte?
- Es soll an Schulen mehr Deutsch unterrichtet werden!
- Ein Jurist wirft ein, er habe an einer italienischen Grundschule Deutsch und Werken unterrichtet, die Kinder wollten lieber in der Muttersprache sprechen und das ist verständlich. 2 Schulämter sind ein Reichtum die beide

Lebenswelten fördern

- Irene Mur (Lehrerin) alle Sprachen sind gleich wertvoll, junge Leute beherrschen sehr gut mehrere Sprachen. Lehrerwechsel zwischen den Schulämtern (zeitlich begrenzt) wäre ein Modell.
- CLIL theoretisch scheint es gut zu sein → aber auch hier eine klare Trennung zwischen Muttersprache und Fremdsprache. Unter den Umständen in der heutigen Schule in Südtirol nicht machbar → kontraproduktiv → ein Trojanisches Pferd
- Jeder Schüler muss differenziert behandelt werden → Wer die Zweitsprache zu Hause nicht zu sprechen die Gelegenheit hat, braucht einen anderen Unterricht, als jemand, der in Bozen lebt.

- Viele Jugendliche können nicht flüssig Hochdeutsch sprechen.
- Muttersprache lernen durch das Erlernen einer Fremdsprache
- Vermehrte Zuwanderung erfordert einen sprachrelevanten Unterricht.
- CLIL sollte die Schüler befähigen eine Diskussion zum Fach in der Fremdsprache zu führen. Wann werden die Grundlagen gelegt. Es braucht Leistungskurse für jeden Schüler abgestimmt. Das Konzept der Klasse aufbrechen, Italienisch in Leistungskursen.
- Für Südtiroler ist das Erlernen der deutschen Sprache wichtig.
- 70% 30% zwischen Deutsch und Italienisch

- Muttersprache qualitativ hochwertig 90-100% Zweitsprache angemessen dazu. Soviel, wie man braucht.
- Menschen unterschiedliche Lerngeschwindigkeit muss man Freude an der Zweitsprache wecken.
- Wie funktioniert die Schule? Wie viele Schüler braucht es, die eine Sprache verstehen müssen, um einen Unterricht überhaupt möglich zu machen. Funktionieren Klassen z.B. in der deutschen Schule nur 2 deutsch-muttersprachliche Kinder sind?
- Da werden die Lehrer alleine gelassen. Für die Politik derzeit kein Thema.
- Kinder müssen eine gewisse Sprachfertigkeit nachweisen, um in eine Klasse zu dürfen.

- Praxis im Beruf ist vielschichtig → Sprachenlernen über persönliche Motivation. Konversation in der Zweitsprache fördern. Fachliche Kompetenz.
- „CLIL ist nicht das Gelbe vom Ei, da herrscht im Saal Einigkeit“ „(O-Ton) der Südtiroler hat alle Staatsreformen mitgemacht, werden uns die Kompetenzen genommen! Wir sind eine Minderheitenschule!
- Es geht um Fachkompetenz. Was will man in Zukunft werden? Man könnte aus den Italienischstunden viel herausholen, Stundenaufstockung hilft nichts. In der Handelsschule „Sole24ore“ lesen.
- Die öffentliche Schule → Man kommt nicht mal zum fachlichen Inhalt, da die Sprachbarriere besteht. Wenn man eine Ausbildung zahlt (Erwachsenenbildung) dann ist die selbstverständlich in der den Teilnehmern natürlichsten Sprache, da man sonst Qualität verliert.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Brückenfunktion Südtirols**

Initiator/in **Heinold Rottensteiner** Raum **4** Zeit **13.15**
Proponente: Aula Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Patrick Gamberoni**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **15**
Numero partecipanti (ca.)

- Viel Potential, das bislang nicht wirklich genutzt.
- Juristischer Bereich: Handelsgerichtsbarkeit in Bozen
- Automatische Anerkennung der Schul- und Studientitel in Südtirol
- Zusätzliche Zuständigkeiten im Arbeitsrecht
- Handelskammer soll größere und eigenständigere Zuständigkeiten erhalten

- Südtirol als deutschsprachiges Gebiet sollte als Erweiterung des deutschen Raumes fungieren und diesen mit Italien verbinden. Z.B: Import deutscher Unternehmen.
- Zur Zeit fungieren vor allem Privatpersonen und Unternehmen als Brücke, jedoch keine institutionelle Struktur, z.B. durch Handelskammer oder internationales Handelsgericht in Bozen (Sondergerichtsstand).
- Tunnel zwischen Mals und Chur würde Verbindung nach Zürich ermöglichen: hierfür auch primäre Zuständigkeiten beim Land nötig
- Schweiz als Vorbild
- Ordnung der Handelskammer bei Region soll zu Land

- Für grenzüberschreitende Bauten benötigt Südtirol die primären Zuständigkeiten
- Arbeitsrecht und Arbeitssicherheit primäre Zuständigkeit beim Land
- Arbeitssicherheit in Südtirol schlecht, in Österreich strenger
- Österreich/Bayern mehr praktisch in Bezug auf Arbeitssicherheit. Italien vor allem Verwaltungsstrafen, Italien mehrfacher Kostenaufwand, Schulungen, sinnlose Regeln, hoher Geld- und Zeitaufwand, es wird kaum auf Arbeitssicherheit geachtet, Kontrolleure schauen, anders als in Österreich kaum auf praktische Sachen.

- Südtirol als Kulturraum, Bewegungsraum zwischen drei Kulturen, Italiener sollen auf deutsche Kultur aufmerksam gemacht werden, heute leider keine da.
- Brückenfunktion soll durch gegenseitigen Austausch gestärkt werden.
- Müllgebühr: Trentino/Südtirol immer noch nach Verursacherprinzip: Blick nach Norden, in Italien kaum, Befruchtung von Rom kaum erwünscht.

- Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich zwischen den Tiroler Landesteilen fördern, Universität Innsbruck als Landesuniversität stärken, institutioneller Austausch zwischen Nord – und Südtirol stärken.
- Kulturelle Brückenfunktion: In Südtirol schwer, Sprachgruppen zusammenzubringen, zwar nicht mehr das klassische Feindbild, jedoch mehr Mut zum Risiko, auch in der Schule: gemischtsprachige Schulen. Sprachkenntnisse zum Teil eklatant.

- Nationale Verwertungsgesellschaften: Häufig schwierig, Kulturgüter zu importieren: CDs, Filme, Internetstreaming: Begrenzung durch nationale Grenzen/unterschiedliches Handelsrecht. Eigenständige Verwertungsgesellschaften.
- Brücke: Öffnung, jedoch in Südtirol häufig Verschließung, zum Teil sogar Abgrenzung zu den anderen Landesteilen.
- Kulturelle Öffnung nach Norden, z.B. indem man wie in Mitteleuropa auch den Institutionen vertraut, in Italien Vertrauen schlecht, daher Misstrauen. Auch in den Bürger schlecht.

- Häufig ältere mehr Problem mit Öffnung nach außen als junge Generation.
- Handelskammer/EOS schlechte Dienstleister, kaum Information etc. Österreich viel bürgerfreundlicher.
- Verankerung in den jeweiligen Kulturkreisen sehr wichtig, erst dann schafft man Brücke. Daher gegen gemischtsprachige Schule.
- Italiener machen immer seltener Zweisprachigkeitsprüfung, öfter bei irgendwelchen Instituten.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: Art. 19 des Autonomiestatuts – Schutz des muttersprachlichen Unterrichts

Initiator/in Santor Testor Irmgard Raum 4 Zeit 14.15
Proponente: Aula Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: Otto Mahlknecht

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 26

Numero partecipanti (ca.)

Keine CLIL-Experimente mit unseren Kindern! Stattdessen Italienisch-Unterricht-Didaktik verbessern.

Deutsche Schule hat heute bessere Ergebnisse bei internationalen Unterrichtswettbewerben – warum dann Experimente?

Primäre Gesetzgebungsbefugnis gemäß Art. 19 Autonomiestatut statt sekundär, damit Südtirol nicht bei jeder römischen Schulreform mitmachen muss, sondern autonom seine Muttersprachliche Schule organisieren kann!

Richtlinien für guten Schulunterricht sinnvoll, nicht ständig Reformen und Experimente!

CLIL → Negativbeispiel ist BWL-Studium an der Uni Bozen → nur mehr 10% der Vorlesungen auf Deutsch!

Beruflicher Mehrwert ist, wenn wir perfekt Deutsch lernen, nicht halb Deutsch, halb Italienisch. Das ist auch für die wirtschaftliche Brückenfunktion wichtig

Gefahr der Teilwortschätze droht: Können die Schüler Chemie nur mehr auf Italienisch ausdrücken?

Negativbeispiele → Aosta! Elsass! Muttersprachliche Schule ist große Errungenschaft
Thema „Sprache“ wird zu wichtig genommen – die Mint-Fächer sind genauso wichtig!

CLIL ist rechtswidrig und widerspricht Art. 19 ASt.

Heute haben nur mehr 2% der Aostaner Französisch als Muttersprache

Es geht auch um Arbeitsplätze: Es gehen Plätze für deutsche Lehrer verloren.

Das Prinzip des muttersprachlichen Unterrichts gemäß Art. 19 muss erhalten bleiben!!!

Prinzip der Freiwilligkeit soll beachtet werden, kein Zwang zum CLIL!

CLIL ist ein gefährliches Spiel für eine Sprachminderheit

Auch Freiwilligkeit ist abzulehnen, weil dadurch muttersprachliche Schule geschwächt wird

Italienischunterricht soll verbessert werden: 7 Ital-Lehrer in 5 Jahren

Immersion-CLIL-Schulen könnten bei Freiwilligkeit Dambruch weg von der muttersprachlichen Schule hin zur zweisprachigen Schule bedeuten.

Qualität der Schule leidet unter verschiedenen Spracheinflüssen

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Landeshymne**

Initiator/in	Raum	Zeit
Proponente: Patrick Gamberoni	Aula : 4	Ora: 15.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Rottensteiner**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **10**

Die Identifikation mit einem Land erfordert Symbolik, daher ist eine Hymne notwendig. Zurzeit gibt es nur ein inoffizielle Hymne, das „Andreas-Hofer-Lied“, bei allen öffentlichen Veranstaltungen auch bei Sportveranstaltungen, sollte diese gespielt werden.

Es ist naheliegend nebst Landeswappen und Landesfahne, daher ist eine Landeshymne ein logischer Schritt, dies per Landtags-Beschluss.
Es gehört zum Selbstverständnis des Landes.

Welches Lied? Das Andreas-Hofer-Lied, gibt es auch in italienischer Fassung. Deutsch ursprünglich. Das prädestinierte Lied.. Es soll auch eine ladinische Fassung gefunden werden.

Die Landeshymne soll an die Stelle der italienischen Hymne treten. Bei Südtiroler Sportlern soll die Landeshymne gespielt werden.

Insbesondere bei Amtlichen/außenpolitischen Tätigkeit soll nur die Landeshymne gespielt werden.

Die Landeshymne wurde schon mal vorgeschlagen, die SVP war aber dagegen.

Eine andere Meinung: Brauchen wir wirklich eine Hymne. Sind wir schon soweit? Ja wir sind schon so weit. Andreas Hofer hat keinen negativen Beigeschmack. Es wäre eine gute Gelegenheit die Geschichte kennen zu lernen. Es wäre eine gute Gelegenheit für die Italiener, weil die Geschichte unbelastet zwischen den Sprachgruppen ist. Die Gegner waren die Franzosen. Die Welschtiroler haben auch gegen Franzosen gekämpft.

Die Landeshymne steht uns zu.

Vergleich mit italienischer Hymne; es wird in der ital. Hymne über Österreich gehetzt. In der Landeshymne erfolgt keine Hetze gegen Italiener.

Wäre eine Abstimmung nach Sprachgruppen/Volksgruppen sinnvoll? Dies ist aber schon rechtlich vorgesehen. Kann dann die ital. Hymne nicht für Südtirol abgeschafft werden. Südtiroler sollen gleichberechtigt sein.

Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung steht in der Basis des Minderheitenschutzes. Die Angriffe gegen dieses Schutzinstrument unterminieren eine der tragenden Säulen des Minderheitenschutzes.

Das Minderheitenschutzsystem Proporz ist eine Grundnorm, einige empfinden sie als starr, aber andere als flexibel genug. Es gibt bereits den flexiblen Proporz, der eine Andersvergabe der Stellen als der ursprünglich gedachten Sprachgruppe ermöglicht. Dieses Instrument hat sich in der Praxis bewährt.

Bei der Volkszählung wird die Sprachgruppenzählung anonym erhoben. Allerdings wird die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung von vielen Jugendlichen unterschätzt, da viele der Bedeutung nicht kennen.

Zur Unterstreichung der Wichtigkeit der Erklärung, sollte es in Schulen im Politikunterricht intensivst aufgeklärt werden.

Als Flexibilisierungsmöglichkeit wird die „ad-hoc“-Lösung vorgeschlagen, um das Zeitfenster für die Jugendlichen zu vergrößern bzw. auf Sperrfristen zu verzichten – nur bei Ersterklärung. Zur größeren Akzeptanz der Ordnungskräfte in Südtirol könnte man den Proporz auf die Sicherheitskräfte ausdehnen, ansonsten eine Landespolizei – mit Proporz unter den Beamten. Mit einer besseren Einbettung der Polizei in der Südtiroler Gesellschaft wäre die Akzeptanz derselben größer.

Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung könnte vom Land auf die Gemeinden übergehen, weil die Gemeinden näher bei den Jugendlichen sind, um leichter zur Erklärung zu kommen. Bedenken: Datenschutz.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Doppelte Staatsbürgerschaft**

Initiator/in **Hartmuth Staffler** Raum **5** Zeit **12.15**
Proponente: **Aula** Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Andreas Kölk**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **20**

Numero partecipanti (ca.)

Wissenschaftliche Tagung Bozen

Slowenien-Kroatien haben diese schon

Italien vergibt diese schon

Wäre Absicherung der Autonomie

Papst ist 3fach-Staatsbürgerschaft

Polen sind 330.000 Deutsche die schon die Doppelte haben

Soll für alle 3 Sprachgruppen

Moralischer Wert – Stück Heimat würde uns zurück gegeben

Wahlen: Könnten aktiv und passiv mitwählen, auch Nationalratswahl, könnten Vertreter in Nationalrat wählen

Sport: unsere Sportler könnten für Österreich starten

Österreich hat Angst, dass noch andere folgen würden

Österreich vergibt schon dopp. Staatsbürgerschaften z.B. Dreizehnlinden

Würde Österreich keine Mehrkosten verursachen

Bereitschaft wäre in Österreich da, allerdings liegt kein Ansuchen da

Hauptwohnsitz bliebe in Südtirol, dadurch keine finanzielle Belastung für Südtiroler

Militär muss man nur machen wo man den Hauptwohnsitz hat

Vertraue dem italienischen Staat nicht, konnte dieser dann die Italienische einziehen? Dies ist aber völkerrechtlich nicht legal.

Beispiel: In Kairo wurde Ägypterin in Gefängnis misshandelt, hatte aber amerikanische Staatsbürgerschaft und wurde frei gelassen.

Sollte jeder selber individuell entscheiden ob er ansucht oder nicht.

- Die 2. Staatsbürgerschaft müsste Italien nicht mitgeteilt werden.
- Wer darf ansuchen: muss Verfahren in Österreich haben
Abstammungsprinzip
Südtirol gehörte bis nach 1. Weltkrieg zu Österreich und deshalb hätten auch viele ein Anrecht dazu (1918-1920)
- Südtirol hatte schon NR-Abgeordneten Nicolussi bis 1. Weltkrieg z.B.
- Offizieller Wille fehlt, obwohl die Idee von SVP ausging
- Kulturelle Bindung zu Österreich würde gestärkt
- Was ist mit den Personen die kein Anrecht hätten?
- Meilenstein zur Vollautonomie

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: Soziales & Solidarisches Südtirol

Initiator/in *Raum* *Zeit*
Proponente: Karl Tragust *Aula : 5* *Ora: 14.15*

ProtokollantIn/Verbalizzante: Caterina Rosso

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **18**

Gisella, Hans, Claudia, Annelies

Sozialer Ausgleich + solidarisches Verhalten ist Grundlage für Frieden; Grundwert für Staat, für Europa, für Südtirol.

Im Autonomiestatut wäre es nicht notwendig reinzuschreiben, da in ital. Verfassung, aber in der Präambel des Staates sollte es enthalten sein. Auch Achtsamkeit der Natur. Zuständigkeiten im Staat sind wichtig!

Sozialversicherung ist Drittzuständigkeit der Region;
4 Gesetzgeber: EU, Staat, Region, Land: zu viele!!!

→ Vereinfachung notwendig

Gesundheit + Soziales primäre Zuständigkeit, Sozialversicherung von Region auf Land. Dann könnten wir organisch diesen wichtigen Bereich regeln. Auch verwaltungstechnisch einfacher. Durchführung der Zuständigkeiten könnte in einer einzigen Landesstelle verwirklicht werden. Pensionen sollten auch dazu gegeben werden. Rentengelder in Südtirol verwalten. Leistungen vereinheitlichen: Familiengeld: Region, Land, Staat?

In Rentenangelegenheiten schwieriger Konsens.

Einheitlicher Schalter für Familiengelder. Unterschiedliche Informationen zurzeit.

Region ist ein überflüssiges Organ, sollte abgeschafft werden und Land Kompetenzen geben.

Zurzeit kann Region nur verwaltungstechnisch Kompetenzen dem Land übergeben, nicht gesetzgeberisch. Es sollte auch Gesetzgebung an das Land gehen. Einwand: für Rentenwesen ist größeres Territorium besser. Aber: Schweizer Kantone beweisen das Gegenteil. Nicht vom intern. Kontext sich abkoppeln. Passiert eh durch EU. Region ist für diesen Bereich ein Störfaktor.

Südtirol muss die Grundsätze der sozialen und wirtschaftlichen Reform berücksichtigen. Solidarische Fondssysteme sind besser aufgestellt, wenn territorial groß, man denkt an EU-Ebene, deswegen nur sekundäre Gesetzgebungskompetenz. Große Systeme mit

lokalen Bedingungen gut verbinden können.

„Solidarisches Südtirol: Wirtschaft will Sozialleistungen einbremsen, da sie dauernd wachsen. Da wir hoher Standard Sozialtourismus. Hürden aufstellen!“ was wollen wir im Statut? Jeder, der kommt, bekommt Leistungen? Oder gewisse Bedingungen: wer hier länger lebt?

Solidarität entsteht dort, wo die Leistungen für die „eigenen“ Leute ausgezahlt werden. Auch für fremde Leute? Sizilianer? INPS-System!!! Primäre Kompetenz im Rentenwesen für Südtirol.

Ist der Trend nicht der, dass kleinere Einheiten und private gemacht werden? Belgien hat das Sozialsystem geteilt. In Südtirol eigenes finanzierbares Rentensystem aufbauen. Auch Krankenhauspolitik selber entscheiden. In der Schweiz funktioniert es auch im Kleinen.

Kein Problem für einen Ausländer, der hier lebt, einzuzahlen und zu leisten, aber hier leben. Landesregierung hat nicht die Courage, primäre Kompetenz einzufordern. Könnte Pensplan Funktion der INPS übernehmen? Wäre autonomierechtlich möglich eine Landesversicherungsanstalt zu gründen. Es gab auch schon Gesetzesvorschlag. Würde INPS ersetzen. Wirtschaftliche Unsicherheit, ob es klappt, hat das Projekt gestoppt. Im neuen Statut soll neue Verfügbarkeit der eingezahlten Mittel auf Landesanstalt vorgesehen werden. Eigene unabhängige INPS.

Wenn jede reiche Region sich abschottet, wo gehen wir hin?

Wie Solidarität zwischen armen und reichen Regionen organisieren?

Principio di solidarietà: non importa se pago per Altoatesino o Siciliano. Slovenia si è staccata quale regione più ricca, con conseguente sfascio del Paese. Trasparenza nella gestione dei soldi.

Wenn wir als Landesinstitut die Sozialleistungen aus dem Nationaltopf übernehmen, haben wir genug Gestaltungsmöglichkeit!

EU will eigene Gesetze Arbeitslosengelder machen.

Zuzugsklauseln noch einmal überdenken. Zusatzleistungen des Landes sollten zu Zugzugsklauseln gebunden sein.

Jugoslawien ist ein abschreckendes Beispiel: Zusammenleben wurde diktatorisch aufgezwungen, jetzt spalten sie sich. Vorsicht, dass EU uns nicht so weit zwingt.

Internationale Solidarität ist kommunistischer Herkunft, wurde missbraucht. Wir können Italien nicht finanziell retten, schauen wir uns etwas finanziell abzusichern. Ins Statut: Sozialbeiträge sollen wir kassieren und verwalten können.

Auch grenzenloser Egoismus ist destruktiv: bitte nicht nur auf uns (Südtirol) schauen. Auch auf Wohlergehen der Nachbarn schauen.

Alle Dienste der sozialen Grundsicherung sollen in öffentlicher Hand bleiben und das ist gut so!!! Ins Statut. Auch Solidarität nach innen. Im Statut: Rechtsanspruch auf Grundversorgung.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Vollautonomie**

Initiator/in	Raum	Zeit
Proponente: Stefan Gufler	Aula : 6	Ora: 11.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Bernadett Garzuly**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **30**

Einleitung zum Thema

Moderator: Stefan Gufler

- Erklärung der Begriffe → langfristiges Ziel Autonomie → Wohlstand des Landes
Richtiger Weg, Autonomie ausbauen, Eigenständigkeit bewahren.
- Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Währungspolitik nicht autonom regelbar. Große Zusammenhänge mit anderen Themen.
- Wie ist es überhaupt zur Autonomie gekommen? → Mehrheit der Südtiroler hat optiert für Deutschland.
- 1969 Parteiversammlung → Erpressung seitens Magnago (Paket erzwungen)
- Kommissionen, schlecht zusammengesetzt (Mehrheit der Italiener)
- Streitbeilegungserklärung (ÖVP, SVP) → Italien hat Südtirol übergeben, Autonomie ist nur eine Übergangslösung
- Vollautonomie Definition: Welcher zeitliche Rahmen ist gegeben? Kein vordefinierter Begriff, bestmögliche Verwaltung, Vollautonomie sollte nur ein langfristiges Ziel sein
- Kein Zeitplan möglich, nur Schritt für Schritt
- Vollautonomie ist Schlagwort, Vollautonomie ist ein Holzweg, der Minderheiten ihre erhalten haben
- VA [Vollautonomie] wäre nur ein Antrieb für Katz-Maus Spiel
- Europaregion bestärken, wir wollen Musterregion sein
- Nationen sollen sich zurücknehmen, Europa muss starke Stimme haben in globalisierter Welt, Region stärkere Stimme!
- VA schließe das andere nicht aus.
- Historischen Rückblick muss sich jeder selbst erarbeiten
- VA, wäre alles einfacher? Ist zu fragen. Was gehört nicht dazu? Was ist unsere wichtigste Kompetenz?
- Wortwahl Vollautonomie (plakativ) ist falsch. Diese Kompetenzen, die wir schon haben, sollen abgesichert und gestärkt werden. Ohne Trient weil sie einen anderen Hintergrund haben.
- VA ist ausbaufähig, Kompetenzen von sekundär zu primär.
- EUREGIO sollte unser Ziel sein, weil sie zwei Nationen mit einbindet. Alles andere wäre ein Rückschritt.

- Kein Staat überlässt der Minderheit die Mehrheit in der Kommission.
- Konvent: langfristige Politik, keine Tagespolitik, Autonomiefragen sollten gemeinsame Ziele anstreben
- Wir müssen realistisch sein, nicht der Nabel der Welt
- Alle Bereiche leiden unter Ineffizienz des Staates
- Wir brauchen Weiterentwicklung der EUREGIO
- Wir gehören alle anderen Sprachgruppen an, aber wir brauchen gemeinsames Ziel. EUREGIO als übergeordnete Institution.
- Wir schwanken zwischen schlecht und gut gesinnter Regierung. Wir brauchen mehr Sicherheit.
- Sekundäre Kompetenzen in primäre Kompetenzen
- Die Eigenständigkeit funktioniert besser als unter Einfluss des Staates
- Abbau der Kompetenzen der Regierung, EUREGIO ja – wenn Autonomie gut gesichert.
- Vollautonomie: leere Hülse, abhängig von der Regierung „good will“ von Rom angewiesen. Unabhängig von Rom muss Autonomie standhaft sein.
- Hinterfragen wer Mehrheit in Kommissionen hat!
- Digitaler Open Space: welche Kompetenzen treten wir an Rom ab? Die anderen sind selbstverständlich.
- Absehen von Verteidigung und Defensive, wir müssen das mit einer Selbstverständlichkeit einfordern (Bsp.: Schweiz) Wieso sollte es eigentlich nicht so sein? Immer ideologisch.
- Autonomie: Unabhängigkeitsbegriff, wir müssen Individualität erreichen, z.B. Konvent Ausdruck von Individualität. Konfrontation sollte öfter passieren
- Der Titel ist nur ein Arbeitstitel. Es geht um Rechtsräume.
- Europäischer Rechtsraum z.B. Politik ist ein Kontinuum. Man kann versuchen, das völkerrechtlich abzusichern.
- Zielsetzung: Territorium nie verewigt, aber das was wir haben abzusichern. Großes Problem: Urteile des Verfassungsgerichtshof. EU- „Gefahr“ z.B. Vergabegesetz, VA gehört in ein politisches Kontinuum. Entwicklung mit einem Ziel (Verfassungsreformen etc.)
- Was ist wirklich konkret erreichbar? Deshalb VA nicht schlecht.
- VA → primäre Gesetzgebung (keine Angst um unsere Rechte haben. Politik hat mehr auf sich geschaut.
- Ergänzung: wir sind eine Region unter Regionen mit Minderheiten. Wir werden immer eine besondere Region bleiben. Wir können uns nicht immer vor Rom rechtfertigen. Österreich und Italien werden ihre Regionen nicht so schnell abtreten.
- Südtiroler müssen bereit sein Autonomie umzusetzen. Kritik an Kompatscher. Zu viele Italiener im Amt. Deutsche Schulen werden „verwässert“.
- ➔ Praxisorientiert
 - VA ist das richtige Thema → Vermischung „Wir haben eine traumhafte Autonomie“ es gibt nie eine Perfektion VA ist der richtige Schritt. → Zukunft soll Europa der Regionen sein.
 - Das Zusammenleben ist auch ein Kontinuum. Es braucht Zeit. Radikale Umbrüche sind nie gut für die Gesellschaft.
 - Wo passen wir hin?

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: **Primäre Zuständigkeit bei Zuwanderung**

Initiator/in **Julian Kraler**
Proponente:

Raum **6**
Aula

Zeit **12.15**
Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Heinold Rottensteiner**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **28**
Numero partecipanti (ca.)

Zuwanderung nimmt zu, daher wird es ein immer wichtigeres Thema. Es gibt schon mehrere Volksgruppen in Südtirol → Begrenzung der Zuwanderung ist wichtig, weil wir ein kleines Land sind. In Südtirol ist der Baugrund knapper als anderswo. Rom lässt alle herein, die leider auch nach Südtirol. Jedes Jahr 300.000-400.000 zu viel.

Wenn Rom scheitert, braucht Südtirol die Zuständigkeit für die Einwanderung. Die Zuwanderer verstärken die italienische Volksgruppe, zum Nachteil der deutschen Volksgruppe. Die deutsche Volksgruppe und die Autonomie gerät in Gefahr. In Südtirol werden die Nicht-EU-Bürger in italienischer Sprache angesprochen. Nicht-EU-Bürger werden auf Distanz gehalten. Primäre Zuständigkeit soll Zustrom regulieren. Die Zuwanderungsregeln müssen in Südtiroler Hand. Kriminelle Ausländer sind nicht willkommen und müssen raus. Einwanderer müssen auch Deutsch lernen und auf Deutsch integriert werden. Deutschkenntnisse ist eine Mindestanforderung, nicht nur Italienischkenntnisse. Wenn wir die Zuständigkeit regeln können, dann können wir die spezifischen Interessen Südtirols regeln.

Südtirol braucht primäre Zuständigkeit, damit man die Einwanderer einbinden kann. Heute trägt die Schule die Hauptlast. Die Last muss auf alle Bereiche der Gesellschaft verteilt werden. Persönliche Kontakte sind wichtig. Besonders müssen die Einwandererfrauen integriert werden. Besonders mit Deutschkursen. Ausländer müssen auf Deutsch integriert werden. Politiker müssen dafür sorgen, dass sie deutsche Sprache und Geschichte lernen. Es muss eine Quote festgelegt werden, die nicht überschritten werden darf. Ausländer dürfen nicht die Mehrheit in Schulklassen haben. Einwanderung ist eine Herausforderung. Es stehen große Veränderungen vor uns. Es gibt Ängste und Sorgen. Wir werden mehr tun müssen. Einwandererkinder werden in Zukunft vermehrt deutsche Schulen besuchen.

Italienische Schule wäre offener. Wir müssen Herren der Lage sein. Wie soll Zuwanderung gedrosselt werden. Einwanderung war bisher nicht selbstverständlich. Grenzen müssen beibehalten werden. Unbegrenzte Zuwanderung ist nicht möglich. Ohne Begrenzung werden wir zu Afrika und sind nicht mehr Europa. Regeln nach

Schweizer Vorbild. Quote ist durchsetzbar. Südtirol ist Teil der EU, deshalb ist die Zuwanderung aus der EU nicht regelbar. Asylanten in Italien sind erst illegal, wenn der Asylantrag abgelehnt ist. Nicht alle wollen sich integrieren. Z.B. Menschen aus den Maghreb Staaten. Anzahl der Zuwanderer muss begrenzt werden. Eine unbegrenzte Zuwanderung kann nicht integriert werden. In solchen Situationen entstehen Parallelgesellschaften. Dies muss verhindert werden. Die Ausländer- bzw. Zuwanderungsfrage muss in Bozen und nicht in Rom entschieden werden. Ist dies nun die Angst vor Proporz?

Staatsbürgerschaft nur bei Deutsch- und Italienischkenntnissen.
Menschenrechte sollen eingehalten werden. Tiroler Identität ist nicht in Gefahr.
Westlicher Lebensstil führt zu globalen Migrationsströmen. Wir haben keinen Platz für alle Einwanderungswillige. Einwanderungszuständigkeit soll die Autonomie beschützen und stärken. Wir können mit den Einwanderern fordernder und härter umgehen. Zuwanderung ist ein globales Problem. In Schweiz gelten Kontingente. Ausländer fühlen sich wohl. Wer Arbeit hat, darf kommen. Wir müssen uns in Südtirol kümmern. Wir müssen mehr von den Ausländern fordern.

Zu Beginn wechselte die Moderation, weil sich ein Teilnehmer darüber beklagte, dass die Diskussion von dem Einbringer vereinnahmt wurde. Herr Hochgruber ist der Ansicht, dass diejenigen, die aus anderen Ländern zu uns immigriert sind, willkommen sein sollen. Der globalen Verantwortung sollen wir uns bewusst sein. Wir sollten uns bewusst sein, dass unsere Wirtschaftskonzepte diese Flüchtlingsströme hervorrufen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Biologische Landwirtschaft**

Initiator/in **Annelies Messner**
Proponente:

Raum **6**
Aula

Zeit **13.15**
Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Ariel Trettel**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): **27**
Numero partecipanti (ca.)

Einleitung zum Thema:

Schlüssel zur höchsten Lebensqualität in EU.

- Welche Auflagen müssen gesetzlich festgelegt werden.
- Meraner Mühle.
- Proportion Tiere Hektar muss stimmen.
- Gülle zu viel? Geht es in Grundwasser.

- Marketing Thema: Bio → Lebensqualität.
- Konsument ist entscheidend Bio-Landwirtschaft zu fördern.
- Wie kann ich Bauern helfen, um auf dem Markt zu unterstützen.
- GVE/Futterzukauf
- Produkte zu einem gerechten Preis.

- Verbesserungsvorschläge zum Thema/Biomarkt fördern
- Qualität oder billiger?
- Wie kann man Bauern dazu bringen?
- Bewusstseinsbildung: Was hinterlässt man den nächsten Generationen?
- Unterland Boden verseucht

- Böden sind nicht verseucht!
- Kupfer ist ein großes Problem
- Südtirol Bioland! Konsument ist wichtig
- Bewusstsein!
- EU-Politik/TTIP/Versagung der Politik

- Auflagen bedenken Biobauern
- Schweiz-Südtirol/Biovorlagen/EU
- Schweizer Biobauern werden gut subventioniert
- Proposta: Elaborare una legge sui pesticidi/eliminare gli elementi più nocivi/provinciale

- Unabhängigkeit/Selbstversorgung/Politik muss fördernd eingreifen
- Zeugungspreise/Bauer ist Knecht/alle Bauern sollen Markt bedienen.
- Viele haben nicht die Möglichkeit teuer einzukaufen.
- Transparenz/Aufklärung/bei Äpfeln schaffen wir es nicht! Unterschied zwischen Produkten/Bewusstsein
- Was soll im Autonomiekonvent einfließen?

- Entscheidung nicht von oben, sondern von unten!
- Schulen müssen dafür werben.
- Innovative Gedanken/junge Generationen
- Betonen: Identifikation durch Lebensqualität
- Bauern sollen unabhängig bleiben

- Politik sieht viel nicht. Gelder fließen in Konzerne
- Jeder Bauer ist gesetzlich ein Bergbauer
- Obst- und Weinbau bekommt keine Förderung mehr...
- Politik sind wir, wir machen Fehler.
- Schulfach Ernährung!

- Regionalförderung! Null Kilometer!
- Mehr Aufklärung
- Was ist langfristig?
- Bauerndörfer sind ausgestorben!
- Auf heimische Produkte Wert legen

- Provinz soll einschreiten für Bio/Gelder sollen dafür fließen.
- Gesetze sollen restriktiv sein im Bio-Waren-Verkauf und –Produktion
- Null km
- Schulfach Ernährung
- Bauern sollen die Entscheidungsmacht haben
- Keine ideologische Auseinandersetzung/Kooperation
- Vielfalt ist wichtig, Vielfalt der angebauten Produkte

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Familienpolitik**

Initiator/in	Raum	Zeit
Proponente: Hannes Rabensteiner	Aula: 6	Ora: 14.15

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Seeber Margit**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **11**

- Mütter haben das Anrecht, drei Jahre daheim bei Kindern zu bleiben, egal welcher Beruf (öffentlich oder privat)
- Familienpolitik PFEILER FÜR UNSER VOLK
- NICHT jeder hat Großeltern zur Kinderbetreuung → nach neun Monaten wieder retour Job
- Ungleichgewicht zwischen öffentlich Bediensteten plus Privatwirtschaft → ZIEL Ausgleich zu schaffen → ZIEL ZUSTÄNDIGKEIT für Arbeitsrecht beim Land
- Förderung Kindererziehungszeiten sollen als Rentenjahre anerkannt werden
- Entlastung des Familieneinkommens durch Unterstützung (Zahnarzt, Studiengebühren usw.)

- Förderung: mehr Kompetenzen der Familienpolitik ans Land
- Orientierung an Österreich → Einführung der Familienbeihilfe + Kindergeld nach österreichischem Vorbild
- Politische Voraussetzung schaffen für die Wahlmöglichkeit → zu Hause bleiben oder in Job zurückgehen
Kinderbetreuungszeiten als Rentenzeiten anerkennen.

- Kindergeld für jedes Kind → unabhängig von Eltern. Jedes Kind ist gleich (reich/arm).
- Sozial Schwache sollen unterstützt werden, aber die „Zuwanderer“ sollten besser kontrolliert werden → Sozialschmarotzer können nicht sein

- Motivation arbeiten zu gehen soll weiterhin aufrecht bleiben → soziale Gerechtigkeit

- Anpassung 3 Jahre + 9 Monate Karenz MUSS angeglichen werden

- Schwierigkeiten natürlich je nach Berufsgruppe → Friseurin usw. personenbezogenen Beruf
- Ziel Angleichung und Auffangen von Fond ..., um es jeder Frau zu ermöglichen
- Umfangreiche Kompetenz für Arbeitsrecht fordern
- Möglichkeiten Entscheidung zu treffen zu Hause oder wieder arbeiten zu gehen → Rahmenbedingungen zu schaffen!
- Kindererziehung als Unterrichtsfach in der Schulausbildung
- Finanzielle Mittel bereit zu stellen, dass Vereinbarkeit Familie + Beruf möglich Rahmenbedingungen schaffen + finanzielle Mittel zur Verfügung stellen
- Gleichstellung MANN + FRAU in der Kindererziehung (Pflegeurlaub ...)
- „Bonus“ für Familie wenn Mann auch Vaterschaftsurlaub nimmt → Modell analog Österreich
- Alte Modelle und Einst. gilt es zu überdenken + wirkliche Gleichberechtigung zu schaffen
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder erweitern KITA, Kindergarten, Nachmittagsbetreuung Schule → gesicherte Betreuung
- Förderung Projekte für Kinder von psychisch kranken Eltern
- Kompetente Begleitung für Familien → in präventiver Form
- Bedarfsgerechte + flexible Modelle für KITA, Sommerbetreuung usw.
- Kosten in der KITA explodieren → nicht finanzierbar
- Frage der Prioritäten Unzufriedenheit da für alles Sportplätze usw. auch Geld da
- Kinderpsychiatrie Sichtweise → Folgeschäden von Betreuungsdefiziten in der Kinderpsychiatrie – enorme Kosten „Prävention ist WICHTIG“
- Förderung von Familien auch im ländlichen Raum
- Volkswirtschaftliche Sichtweise muss immer auch mit berücksichtigt werden
- Familienfreundliche Betriebe sollen gefördert werden
- Strukturen auch für Tagesmütter schaffen. „FLEXIBEL SEIN“ in Betreuung der Kinder
- Kindergeld soll jedes Kind bekommen
- Elternkompetenz begleiten + fördern durch Kurse, Aufsuchende Arbeit, Begleitung von Familien → hinfahren!
- Qualität in den Betreuungsstätten ist WICHTIG
- Einheimische Familien sollen in Sozialpolitik bevorzugt werden
- TICKETBEFREIUNG für Kinder einführen.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: Sportautonomie und Beflaggung öffentlicher Gebäude

Initiator/in Amort Wolfgang Raum 7 Zeit 11.15
Proponente: Oberhauser Helmut Aula Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: Amort Wolfgang (Beflaggung)
Helmut Oberhauser (Sportautonomie)

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 15-18
Numero partecipanti (ca.)

Beflaggung öffentlicher Gebäude:

Für die Beflaggung öffentlicher Gebäude soll die primäre Gesetzgebungskompetenz dem Landtag vorbehalten sein. Wenn eine italienische Flagge auf einem öffentlichen Gebäude gehisst werden muss, so muss gleichzeitig die Landesfahne gehisst werden.

Weiters soll in Südtirol die Möglichkeit bestehen nur die Landesfahne, ohne italienischer Flagge auf öffentlichen Gebäuden zu hissen.

Sportautonomie:

- Land soll Sportautonomie einführen und Jugend(...) Erwachsenen Sportler finanziell unterstützen.
- Sportler sollen in den Landesdienst aufgenommen werden anstatt bei staatlichen Dienst.
- Das Land soll ein olympisches Komitee gründen SOK = Südtiroler Olympisches Komitee. Dieses soll zuständig sein für Wettkämpfe in Südtirol und unterscheiden in welcher Liga Südtiroler Sportler spielen dürfen (z.B. Eishockey)
- Die CONI soll abgeschafft werden und dafür die SOK diese Kompetenz übernehmen.
- Selber die Sportautonomie fördern, nicht warten bis es zu spät ist.
- Es haben schon kl. Staaten eine Sportautonomie, z.B. Färöer Inseln, Wales usw.
- Auch würden vielleicht unsere Sportarten wie Naturbahnrodeln olympisch.

Protokoll - Sammlung der Beiträge **Verbale – Raccolta dei contributi**

Thema/Tema: Europäischer Bundesstaat Tirol

Initiator/in Piock Peter
Proponente:

Raum 7
Aula

Zeit 12.15
Ora

ProtokollantIn/Verbalizzante: Carmen Plasner

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.): 7
Numero partecipanti (ca.)

Einbringer:

- 1) Europa der Nationalstaaten funktioniert nicht
- 2) Weg vom korrupten Staat Italien
- 3) Europaregion Tirol = leere Hülse, Nordtiroler haben andere Probleme als Südtiroler, Trentiner holen Rosinen aus dem Kuchen

Lösung: nur mit und nicht gegen Europa → Land der EU unterstellen (keine Gewinner noch Verlierer)

Wir gehen von Südtirol aus – "Kerntirol" dann Erweiterung um Ost- Nordtirol, Welschirol eventuell Vorarlberg

Es braucht gemeinsamen Ansatz für folgende Themen:

- Finanzgebarung
- Verteidigung → muss europäisch gemacht werden
- Außenpolitik

Verwaltungssachen können lokal besser gehandhabt werden

Teilnehmer beton das Bevölkerungsgefüge (dt. It. Lad.) das sich Dank der Autonomie selbst gut weiterentwickelt hat

Die Vollautonomie wäre anzustreben

Provinz Bozen als Europaregion andenken. Bundesstaat ist irreführend. Europa ist derzeit definiert von Staaten, die sich nationalistisch profilieren.

Der Einbringer verweist auf den Ansatz der Vereinigten Staaten (Finanzen Außenpolitik, Verteidigung) als Bundesstaatliche Aufgabe.

Ein Teilnehmer verweist auf Luxemburg das in der EU ist. Schweiz ist mit den Kantonen ein Vorbild.

Sowohl sprachlich (4 Sprachen) als auch auf der Verwaltungsebene.

Ein anderer Teilnehmer verweist auf die Realität: Südtirol allein wird da nicht die Entscheidung treffen können. Die Miteingliederung wäre dann die Folge.

Der Begriff Bundesstaat müsste genau definiert werden und – einem anderen Teilnehmer zufolge schrittweise aufgebaut werden. Davon sind noch viele Schritte zu gehen – zuerst in Richtung Selbstbestimmung – wollen wir diese? Wie füllen wir diese?

Der Einbringer entgegnet, dass die Selbstbestimmung kein Programm habe. Ein anderer Teilnehmer verweist auf die Geschichte: ein Bundesstaat bringt neue Grenzen! Südtiroler haben zwar ein größeres Interesse an einem "vereinigten Tirol" als die Nordtiroler, doch leben sie mit dem Ausbau der Autonomie auch nicht schlecht.

Ein anderer Teilnehmer stimmt zu: Gesamttiroler Vision von Beginn an. Der Meinung einer anderen Teilnehmers zufolge braucht es noch viel „visionäre“ Arbeit, sich als europäische Region zu definieren.

Die Potentiale wären gegeben, das historische Tirol voranzutreiben. Allerdings bräuchte es noch kulturelle Arbeit. Das Land Südtirol muss sich definieren. Wollen wir Gemeinwesen propagieren, ohne von Rom bevormundet zu werden? Davon ausgehend gelte es, das deutschsprachige Tirol zusammenzuführen (Nord/Ost/Südtirol).

Zukunftsmodell muss Gesamttirol sein! Bei dieser Ausgangslage nicht als Südtiroler Alleingang. Mit dem Volk als einziges, gleichberechtigtes.....

Protokoll - Sammlung der Beiträge *Verbale – Raccolta dei contributi*

Thema/Tema: **Finanzautonomie**

Initiator/in
Proponente: **Hans Grünfelder**

Raum Zeit
Aula: **7** Ora: **13.15**

ProtokollantIn/Verbalizzante: **Gino Bentivoglio**

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)
Numero partecipanti (ca.) **15**

Immer wenn in Rom politischer Wechsel, werden Finanzen beschnitten, insbesondere bei „technischen“ Ministerpräsidenten (Monti, Letta) haben zwar nicht Autonomie beschnitten, aber einfach Finanzmittel einbehalten. Finanzen wichtig, weil betreffen alle Verwaltungsbereiche (weniger Geld → weniger Dienste usw.). Italien holt Geld, wo es Geld gibt → Südtirol. Quote, die abgegeben werden muss, soll verbindlich festgelegt werden.

Finanzsicherheit führt zu Planungssicherheit, man soll nicht in Rom betteln müssen. Erster Schritt wäre es, dass Steuern in Südtirol erhoben werden. Im Moment erhebt Rom Steuern und überweist dann an Südtirol, besser wäre umgekehrt. Rom überweist nicht an Südtirol, sondern an die Region. Im Mailänder Abkommen ist festgelegt, dass Südtirol 10% überweist.

Cos` è autonomia finanziaria?

Qual è il limite di capacità finanziaria? Limite è la capacità contributiva.

Qual è la percentuale die denaro che ritorna in ST? Stato deve x a ST. Tasse sono x.

Come viene fissato questo nel nuovo Statuto?

Wichtig Finanzautonomie → Muss Verfassungsrang haben. Im Moment wird Verfassung umgeschrieben, wir müssen versuchen einen Einfluss zu gewinnen.

Man muss von Finanzregelung und nicht Finanzautonomie sprechen. Zuerst muss man schauen, wie viel kann ST leisten. Grundlage der Zuweisung ist heute schon direktes und indirektes Steueraufkommen.

Trient und Bozen haben selben Zuweisungen, schon das ist falsch. 90/10 Aufteilung ist falsch.

Italia voleva il Sudtirolo solo per l`acqua (energia elettrica). Bisogna aumentare il gettito fiscale.

Geld ist Grundlage um Autonomie zu finanzieren. Steuerhoheit und Finanzhoheit sind sehr wichtig. Man muss es verlangen. Man kann sich auf Staat nicht verlassen, siehe Reformen.

Hoheit über bestehende und zukünftige Steuerquellen muss festgesetzt werden. Kompetenzen können nur ausgeweitet werden, wenn genug Geld da ist. Wo geht das Geld hin, dass wir nach Rom zahlen, wenn Staatsverschuldung trotzdem steigt. Finanzregelungen müssen abgesichert werden. Siehe Mailänder Abkommen, musste wieder neu verhandelt werden. Jetziges Abkommen nicht schlecht, in Vergleich zu anderen Regionen → weckt aber Neid. Muss international verankert werden.

Bisogna fare come Magnago → chiedere soldi e ottenere autonomia.
Chiedere investimenti per ampliare l'autonomia.

Finanzregelung muss unbedingt von der Region getrennt werden.

Wenn 3. Autonomiestatut international verankert wird und Finanzregelung drin ist, dann ist auch Finanzautonomie international verankert. Wichtig klare Regelung ohne Interpretationsspielraum. Man braucht Zahl, unklare Größe. Aber auch Regelung, wie neue Ereignisse gehandhabt werden (z.B. Flüchtlingskrise usw.), in welchem Gremium wird dies verhandelt. Finanzen Grundlage zur Ausübung der Kompetenzen.

Hat Südtirol genug Finanzkraft, um alles selber machen zu können? Antwort: ja, Südtirol reichste Provinz, wir stünden alleine besser da. Evtl. nur ein kleiner Teil nach Rom für Heer usw.

Protokoll - Sammlung der Beiträge Verbale – Raccolta dei contributi

*Thema/Tema: **Raum für Kultur – Spazi per la Cultura***

Initiator/in *Raum* *Zeit*
*Proponente: **Garzuly Bernadett & Ariel Trettel*** *Aula: **7*** *Ora: **14.15***

*ProtokollantIn/Verbalizzante: **Garzuly Bernadett***

Anzahl Teilnehmer/innen (ca.)

Numero partecipanti (ca.) **8**

- Wege werden erschwert, wenn man ein Ziel hat. Bürokratie ist sehr kompliziert (z.B. Gründung eines Vereins)
- Politik soll nicht Kultur bestimmen.
- Kultur ist nicht präsent?
- Es gibt viele Communities.
- Es gibt viele Subgruppierungen, die etwas Eigenes aufbauen wollen.
- Um Ideen durchzusetzen, muss man zu lange über bürokratische Hürden laufen. Ämter sind sich nicht einig.
- Kultur hätte Möglichkeit, Grenzen in unseren Köpfen aufzulösen. Wie macht man das? Man muss mit Sprachgrenze arbeiten.
- Was ist Kultur überhaupt? Auseinandersetzung mit der Welt.
- Trennung der Ämter muss überwunden werden.
- Minderheit ist finanziell abgedeckt, Bedingungen stehen sehr gut.
- Welche Gruppen werden doch noch ausgeschlossen? Wie z.B. alternative Gruppen.
- Nicht nur für etablierte Kulturformen. Kultur darf nicht vorgefertigt sein.
- Kulturförderung sollte in der Kindheit beginnen.

- Wie schafft man ein Bewusstsein für nicht etablierte Kunstformen? Schule?
- Für den ländlichen Raum ist Bozens Kulturraum sehr weit weg
- Hemmend sind Strukturen, aber diese braucht es. Man müsste aber Räume schaffen, um das unkompliziert zu gestalten.
- Kulturschaffende sind sich oft nicht einig. Es bräuchte eine Netzwerkbildung, binden wir eine Veranstaltung in andere ein. Z.B. „etablierte Veranstaltung“ wie Jazzfestival in anderen Räumen machen wie auf der Plose.
- Vieles wird subventioniert, dadurch geht das Kreative verloren – Mit wenig kreativ sein.
- Beisp.: Rotierendes Theater macht nicht nur mit einem Raum und dem, was zur Verfügung steht, etwas machen.
- Von unten kommt die Kreativität.
- Im Rahmen der Autonomie hat man mehr Eigenständigkeit, dadurch kann man mehr gestalten.
- Förderung: 3 Sprachgruppen wurden immer getrennt gefördert. Man sollte dort fördern, wo Interkulturalität stattfindet und so auch mehr beteiligt sind und sich angesprochen fühlen.
- Subsidiaritätsgedanke: Prinzip in der Kultur, dass möglichst viel von oben verteilt wird. Vorschlag: Zivilgesellschaftliche Initiativen sollen steuerlich begünstigt sein und von allen nutzbar sein.
- Für private Betriebe sollen Kulturprojekte steuerlich absetzbar sein
- Mehr Entlastung
- Spannungsfeld: Kultur bewahren – Interkulturalität Öffnung
- Wir brauchen ein Zentrum wo Ladiner, Italiener und Deutsche regelmäßig zusammenfinden
- Kultur hat eine trennende und verbindende Kraft